Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4064a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 17. Dienstag, den 21. Januar 1908. 15. Jahrg.

Mittwoch abend im „Vereinshaus“

Protest-Versammlung

gegen das geplante Reichsvereinsgesetz.

Hierzu eine Beilage.

Die Verbilligung des Leihkapitals.

K. Die Deutsche Reichsbank hat ihren Zinsfuß ermäßigt und ist damit dem Beispiele der Bank von England und der privaten Banken gefolgt. Die ungewöhnliche Anspannung des Geldmarktes, die durch die industrielle Hochkonjunktur der Vorjahre herbeigeführt wurde, beginnt nachzulassen und es ist anzunehmen, daß der Zinsfuß sowohl der Zentral- wie der Privatbanken noch weiter sinken wird, bis er ungefähr jenes Niveau erreicht, auf dem er sich vor dem wirtschaftlichen Aufstiege im Jahre 1905 befand.

Je mehr mit dem letzteren die legitimen und — illegitimen Bedürfnisse von Handel, Industrie und Verkehr stiegen, je größere Anforderungen an die privaten und öffentlichen Banken gestellt wurden, desto höher stieg der Preis des Leihkapitals, hob sich der Zinsfuß. Als dann im Mai v. Js. der Hochgipfel der Konjunktur erklommen war und die ersten Anzeichen des beginnenden Niederganges in Amerika und später in Europa sich bemerkbar machten, entstand ein Kampf um das Gold, weil dieses heute fast allgemein das Mittel zur Deckung der von den Banken ausgegebenen Noten ist, mit denen die Zahlungen geleistet werden. Nur Gold vermochte die von den Donnerschlägen des amerikanischen Krachs erschreckten Kapitalverleiher zu befriedigen, nur Gold das Vertrauen in den Wert der Industriepapiere wiederherstellen. Die Erschütterung des Vertrauens war besonders bei den Einlegern der amerikanischen Depositenkassen eine starke, und sie begehrten deshalb stürmisch ihr Geld zurück. All das erzeugte in Amerika einen starken Goldbedarf und zog große Mengen Goldes aus Europa ab. Man war deshalb hier abermals genötigt, die Diskontsätze zu erhöhen und mittels des erhöhten Zinsfußes um den Metallschatz der Banken eine Mauer zu ziehen. Zuerst taten dies die Privatbanken, dann folgten die großen Zettelinstitute. Jetzt, da das ursprünglich festgerannte Leihkapital etwas locker geworden und zum Teil wieder den Banken zufließt und diese wieder über größere Mengen Goldes verfügen, ist die Ängstlichkeit, mit der man die zur Festhaltung des Geldwertes bestimmten Metallschätze hütete, gewichen oder doch im Weichen begriffen: Die „Goldspannung“ löst sich, und das Symptom dafür ist der sinkende Zinsfuß. Das Publikum kann über seine hinterlegten Kapitalien und Spargelder wieder verfügen, vor allem auch die Banken und sie können daher dem Handel und der Industrie neuerdings Geld zur Investition und zu Anlagen überlassen, und zwar zu einem billigeren Preise als vordem. Das Risiko ist nicht mehr so groß wie früher, die Risikoprämie kann also ermäßigt werden.

Daß die Banken in verhältnismäßig so kurzer Zeit mit der Herabsetzung des Zinsfußes vorgehen konnten, ist ein günstiges Zeichen und erfreulich vom Standpunkte der arbeitenden Klassen. Denn der Vorgang läßt darauf schließen, daß die Überproduktion in der deutschen Industrie keine sonderliche Stärke erreicht hat und daß das wirtschaftliche Leben — soweit dies bei der privatkapitalistischen Produktionsweise überhaupt möglich — während der letzten Jahre von ungesunder Spekulation nur in einem verhältnismäßig mäßigen Grade verseucht war. Die Krankheitsstoffe, d. h. die unsoliden Unternehmungen, die Schwindelgeschäfte, die ungenügend fundierten Spekulationsbetriebe wurden und werden größtenteils ausgeschieden, ihr Weiterwuchern durch die Anziehung der Diskontschraube durch die Banken hintangehalten. Die strengere Prüfung der Kreditwerber hat sich als eine wohltätige Maßregel bewährt, soweit sie es überhaupt vermag. Denn alles kann damit natürlich nicht erreicht werden. Die Übel des Kapitalismus beschränken sich nicht auf die Gefahren des zu hohen oder zu niederen Zinsfußes, sie bestehen in der Unfähigkeit des Kapitalismus, das Gesetz von Angebot und Nachfrage jederzeit zu respektieren, die Produktion dem Bedarfe gehörig anzupassen und diesen durch eine gerechtere Verteilung des Arbeiterprodukts oder des Arbeitsertrages immer kräftig zu erhalten. Der Kapitalismus vermehrt und steigert zwar die Leistungsfähigkeit der Produktion ins Ungeheure; er ist aber außerstande, diese unheimlich potenzierte Leistungsfähigkeit mit dem Konsum in Einklang zu bringen. Seine durch eine verkehrte Steuer- und eine rückständige Sozialpolitik ungezügelte Profitgier treibt Raubbau mit der Arbeits- wie mit der Kaufkraft der großen Massen, und die nicht minder verderbliche Zoll- und Handelspolitik verschärft noch diesen Übelstand, indem sie die Absatzmöglichkeiten des Weltmarktes verringert und die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes schwächt.

Immerhin ist die Ermäßigung des Zinsfußes eine erfreuliche Sache. Denn wenn ein hoher Zinsfuß den Kredit sperrt, wenn er das Entstehen unsolider Unternehmungen drosselt, so würgt er doch auch die soliden Geschäfte: Sie können nicht hoffen, mit verteuertem Gelde auf ihre Kosten zu kommen, ihre gewohnte Rentabilität aufrecht erhalten zu können. Das führt dann zu Betriebseinschränkungen, Arbeiterentlassungen, Lohnreduktionen mit all ihrem Jammer, den die proletarischen Klassen so reichlich erfahren. Der Kapitalist kennt da kein Erbarmen, und Sentimentalitäten sind ihm fremd. Die Nachrichten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und von anderwärts liefern fast täglich Beweise dafür, daß der Kapitalist jederzeit bereit ist, „feine“ Arbeiter — wenn er ihrer nicht mehr bedarf und sie ihm lästig sind — zu opfern. Der Mohr hat ja seine Schuldigkeit getan, er kann und muß gehen, wenn es dem Unternehmer beliebt.

Und es beliebt ihm nur zu oft! Nicht jeder Fabrikant will auf Lager arbeiten lassen, nicht jeder die Erledigung der Aufträge derart verteilen, daß auch für die Zeit der schwächeren Konjunktur etwas bleibt. Die großen Unternehmungen haben zwar eine leichtere Kalkulationsmöglichkeit als die kleineren, die nur schlecht disponieren können; auch haben sie ein Interesse daran, einen Stock geschulter Arbeiter zu behalten. Aber wenn der Profit unter ein gewisses Maß sinkt, und gar, wenn sich die Produktion als unrentabel erweist, dann muß der Proletarier über die Klinge springen.

Darum ist das Sinken des Zinsfußes im Interesse der arbeitenden Klassen zu begrüßen. Von den zahlreichen Übelständen des Kapitalismus wird wenigstens einer in seiner Härte gemildert, und die Gesundung des Geldmarktes läßt die Hoffnung zu, daß in absehbarer Zeit auch die übrigen Teile der Wirtschaft sich erholen werden. Allerdings, ehe neue Saat ausgestreut werden kann, wird noch manche Welle von der Trave in die Ostsee fließen.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft hat aber dafür zu sorgen, daß die industrielle Konjunktur nicht ausschließlich vom wetterwendischen Agrarierherrgott abhängig ist; denn heutzutage gilt vor allem das Wort: Hat der Arbeiter Geld, so hat's die ganze Welt!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag,

schwach besetzt, wie meist am Montag, nahm die durch die Interpellationswoche unterbrochene erste Lesung des Viehseuchengesetzes wieder auf. In einer wirkungsvollen Rede präzisierte Genosse Scheidemann den Standpunkt unserer Fraktion: wir stimmen dem Gesetze zu, so weit es einen hygienischen Fortschritt bedeutet; wir lehnen es ab, so weit es in sanitärer Verpackung agrarische Liebesgaben präsentiert. Unser Fraktionsredner wies darauf hin, daß sich in der umfangreichen Vorlage auch an mindestens 2 Punkten Bestimmungen finden, die zur Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes benutzt werden können, und, falls sie Gesetzeskraft erhalten, sicher auch dazu benutzt werden. Die Vorlage erklärt, daß die Ausführungsbestimmungen den Einzelstaaten überlassen bleiben sollen. Das gab dem Genossen Scheidemann Gelegenheit, kurz die Frage des preußischen Landtagswahlrechts zu streifen. Die gewohnten Tierlaute auf der Rechten ertönten, und ein eifriger Schriftführer machte den Präsidenten Grafen Stolberg auf eine Wendung des Redners (5 Minuten nachdem sie gefallen) aufmerksam, worauf der Präsidialgraf sich in seiner ganzen imponierenden Höhe erhob und unter Glockenschwingen und Junkerbeifall einen Ordnungsruf erschallen ließ. — Es folgten zwei Ärzte, der Reichsparteiler Höffel, welcher die Leutenot mit dem Viehseuchengesetz verkoppelte, und der Freisinnige Mugdan, der vor allzu weit gehenden Polizeibefugnissen warnte, gleichzeitig aber seiner neuen Ordensrittertschaft schuldig zu sein glaubte, sich an unserm Fraktionsredner zu reiben. Höflich und farblos philosophierte über Viehseuchen und ihre Vermeidung Herr v. Bethmann-Hollweg. Ein paar Antisemiten usw. sangen in vollen Tönen das Lob des einheimischen Rindviehs im Gegensatz zum ausländischen. Der Abg. Gothein kritisierte als Nichtdekorierter den Polizeigeist der Vorlage weit schärfer als Arendts Mitchrist Mugdan. Nachdem vor leerem Hause der Nationalliberale Wehl aus der durch Heines Zuchthausverse berühmten Stadt Celle über die Notlage der Gerber geseufzt hatte, wanderte der Gesetzentwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Am Dienstag steht außer kleineren Vorlagen die zweite Lesung der Vorlage über die beleidigte Majestät zur Beratung.

Noch eine „verunglückte“ Steuer.

Die Taten der Steuersucher bei der letzten „Reichsfinanzreform“ im Jahre 1906 erweisen sich nacheinander als völlig verfehlte. Wie die verkehrsfeindliche Fahrkartensteuer ein Fehlschlag war, so auch die Automobilsteuer. Über diese verhandelte im Dezember die Petitionskommission des Reichstags auf Grund einer Eingabe des Bundes deutscher Verkehrsvereine, worin um Aufhebung der Automobilsteuer gebeten wird. Die Petitionskommission des Reichstags hat beschlossen, die Eingabe dem Reichskanzler als Material zu überweisen. In dem Bericht, den Abg. Sachse an das Plenum des Reichstags erstattet hat, finden sich folgende Angaben, die für weitere Kreise von Interesse sein werden:

Es wird in der Eingabe angeführt, daß die Automobilsteuer (Stempel auf Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge), trotz der kurzen Dauer ihrer Wirksamkeit, sich bereits als völlig verfehlt erwiesen habe. Die Automobilindustrie klage ganz erheblich über die Beeinträchtigung ihres Absatzes durch diese Steuer. Es wird von den Petenten weiter angeführt, daß die Steuer den Ertrag nicht bringe, den man von ihr erwartete, ja daß bisher nicht einmal die Erhebungskosten gedeckt worden seien und das Reich demnach Geld verloren habe. Die Petenten weisen auch darauf hin, daß die Automobilisten bisher schon dem Reiche erhebliche Abgaben für Benzin zahlen in Gestalt des Benzinzolles. Es ist eine Berechnung aufgestellt, wonach ein Motorfahrzeug, das durchschnittlich nur drei Stunden in Bewegung ist, an Benzinzoll folgende Summen jährlich aufzubringen habe: ein Motorrad von 2 PS. 68,42, ein solches von 10 PS. 334,37 und ein solches von 24 PS 802,48 Mk. Ferner weisen die Petenten auf die Wirkung von der Automobilsteuer auf die ausländischen Automobilbesitzer hin. Die durch die Steuer entstandene Beschränkung des Verkehrs ausländischer Automobile namentlich in den deutschen Grenzbezirken sei von außerordentlichem Schaden. So seien an der Grenze Verordnungen in Kraft getreten, wonach ausländische Automobilfahrer für eine Aufenthaltskarte bis zu 5 Tagen 15 Mk. — unter 15 Mk. gäbe es keine — und für 30 Tage 40 Mk. zu zahlen haben. Wer länger als 30 Tage bleiben wolle, müsse die hier in Anwendung kommende Automobilsteuer entrichten. Es werden in der Petition eine Menge Preßstimmen angeführt, die auf die wirtschaftliche Schädigung namentlich in den westlichen deutschen Grenzbezirken hinweisen und dringend Abhilfe verlangen, weil diese Steuer für eine ganze Reihe aufgezählter deutscher Grenzstädte einschneidende Folgen, an die man wohl kaum gedacht, gebracht habe. In der Kommission wurde darauf hingewiesen, daß die Angaben der Petenten in bezug auf den geringen Ertrag der Automobilsteuer durch die Mitteilung der Regierung im Reichstage fast vollständig be-

stätigt worden seien. Auch wurde hervorgehoben, daß auch namentlich in den südlichen Grenzbezirken, in Sachsen und Schlesien, in der bürgerlichen Presse stark über die Schädlichkeit der Automobil-Steuer geklagt worden sei. Namentlich die dortigen kleinen Badeorte hätten über das durch die Steuer verursachte Ausbleiben ausländischer Besucher (Automobilisten) und die dadurch entstandenen wirtschaftlichen Schädigungen geklagt. Demgegenüber wurde darauf verwiesen, daß die Automobilsteuer seinerzeit trotz voraussichtlicher niedriger Erträge als Luxussteuer eingeführt sei, um neben den anderen Steuerarten auch den Luxus etwas zu treffen. An die Aufhebung der Steuer sei jetzt nicht zu denken. Nachdem noch darauf hingewiesen worden war, daß doch neue Steuervorlagen in nächster Zeit zu erwarten wären und die Regierung nach den Mitteilungen des Herrn Reichsschatzsekretärs eine eventuelle Aufhebung der neuen Fahrkartensteuer in Erwägung gezogen habe, es auch nicht ausgeschlossen erscheine, daß die Regierung auch die Automobilsteuer ändern oder beseitigen könne, beschloß die Kommission mit Mehrheit, die Petition ohne Hinzuziehung eines Regierungsvertreters dem Herrn Reichskanzler als Material zu überweisen.

Der Trutzkanzler.

Die „Berliner Zeitung" a. M." will von gut unterrichteter Seite erfahren haben, daß Bülow, der vordem in der Gunst seines Herrn schwankte, nun erst recht Kanzler bleiben soll. Zwar habe Bülow früher des öfteren erklärt, daß er sein Amt niederlegen werde, wenn es ihm nicht gelinge, die Blockpolitik weiter fortzuführen, er sei aber „kein Konsequenzenmacher" und habe sich jetzt eines anderen besonnen. Die „B. Z." spottet über die „Optimisten", die „bereits die Morgenröte einer parlamentarischen Ära am Reichshimmel dämmern sahen", diese würden jetzt einsehen müssen, daß Bülow nur der Geschäftsführer einer Politik sei, die auf den Namen Wilhelm II. geführt und von der konservativen Partei suggeriert wird.

Kurz, es ist alles Schwindel gewesen, was Bülow den Freisinnigen vorgeredet hat. „Ein liberales Vereinsgesetz?" Schwindel! „Milderung der Majestätsbeleidigungsprozesse?" Schwindel! „Keine neuen Steuern!" Wieder Schwindel! „Eine preußische Wahlreform!" Erst recht ein Schwindel!" „Parlamentarisches Regime!" Ein Hauptschwindel!

Auch ein Volksvertreter.

Eine merkwürdige Auffassung von den Pflichten eines Volksvertreters scheint der konservative Abgeordnete Schlüter, Bürgermeister in Sommerfeld, zu haben. Als die dortigen Zigarrenarbeiter zu Mittwoch dieser Woche eine Versammlung einberiefen, um gegen die geplante steuerliche Belastung des Tabaks zu protestieren, hielten sie sich für verpflichtet, auch den Vertreter des Kreises und Bürgermeister ihrer Stadt dazu einzuladen. Sie taten das in einer durchaus höflichen Form, erhielten darauf von dem Herrn Volksvertreter eine Antwort, die für den in den konservativen Kreisen herrschenden Geist kennzeichnend ist. Hier ist der Wortlaut:

Berlin, 14. Januar 1908.

Geehrter Herr!

Auf Ihre Zuschrift vom gestrigen Tage erwidere ich ergebenst, daß ich stets bemüht bin, den Wünschen meiner Wähler nachzukommen. Sie und Ihre Freunde haben mich wohl nicht gewählt.

Hochachtungsvoll

Schlüter, M. d. R.

Also Herr Schlüter faßt seine Aufgabe als Volksvertreter so auf, daß er nur die Wünsche derer vertritt, die ihn gewählt haben. Wenn er angenommen hätte, daß die Zigarrenarbeiter, welche sich an ihn wandten, ihn gewählt hätten, so würde er ihren Wünschen entgegengekommen sein. Was schiert ihn das Interesse des Volkes, was Hungersnot und Pestilenz. Wenn seine Wähler Vorteil davon haben, so ist er für die Hungersnot und die Pestilenz. Auch ein Volksvertreter! Oder sollte der Herr nur weggeblieben sein, um nicht die Sünden seiner Partei verantworten zu müssen, die sie auch auf dem Gebiete der Tabakbesteuerung und des Tabakzolles auf dem Gewissen hat?

Preußisches aus Schweden.

Aus Stockholm wird vom 18. Januar gemeldet:

Der Justizminister hat die Beschlagnahme der am 13. d. Mts. erschienenen Nummer des Sozialistenblattes „Arbetaren in Gefle angeordnet, das einen Artikel über den Wahlrechtskampf in Preußen brachte, der angebliche Beleidigungen Kaiser Wilhelms enthält.

Wird das Ansehen Preußens im Auslande sicherlich außerordentlich heben.

Ein agrarischer Fußtritt für die Liberalen.

In der hannoverschen Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte hielt dessen Agitator Dr. Diedrich Hahn eine Rede über die Blockpolitik, wobei er von den Liberalen verlangte, daß sie „nationale Politik" ohne Gegenleistung treiben sollten. Weiter meinte er: „Der Bund würde der größte Esel sein, wenn er sich verleiten ließe, dem Liberalismus zuliebe das Zentrum an die Wand zu drücken. Denn wenn der Freisinn nicht mehr will, oder wenn wir ihn nicht mehr brauchen, dann fliegt er sofort heraus aus dem Block und das Zentrum tritt an seine Stelle."

Jetzt erntet der Freisinn, was er gesäet hat. Wir gönnen es ihm natürlich.

Deutsche Pioniere.

Dem Organ für offiziöse Abgeschmacktheiten, der „Nordd. Allgem. Zeitung", passierte dieser Tage das Malheur, auf derselben Seite, wo es den „Vorwärts" in gewohnter Weise anzurempeln versuchte, auch einmal der Wahrheit die Ehre geben. Freilich muß die Wahrheit im Feuilleton Unterschlupf suchen. Immerhin ist die Stelle erwähnenswert:

„Bei schlechtem Bier saßen in kahlem Raum, dessen einziger Schmuck eine Karte des Magelhaen-Distrikts bildet, auf der sorgsam alle Schiffsunfälle der letzten Wochen verzeichnet sind, einige teutsche Landsleute und knobelten. Trinken, trinken, viel trinken, und knobeln, knobeln, noch mehr knobeln, das sind hier die Freuden arbeitsfreier Stunden. Aber bei patriotischen und Vereinsfesten feiert man sich gegenseitig als Pioniere deutscher Kultur, und Stolz schwellt die Männerbrust.

Abends versammelte sich an Deck eine lärmende Gesellschaft. In den Salons tranken angesehene deutsche Kaufleute den unvermeidlichen Sekt mit dem ebenso unvermeidlichen Stimmengedröhn. Sie sprachen von sinkendem Kurs, von steigenden Geschäften, von der Geschicklichkeit, aus dem Adoptivvaterland möglichst viel herauszuschlagen bei möglichst geringer Gegenleistung."

Und für diese „Pioniere deutscher Kultur" müssen die rechtlosen Proletarier die Milliarden für unsere herrliche Flotte aufbringen!

Die sozialdemokratisch wählenden Krieger.

Eine recht sonderbare Geschichte zum Kapitel Kriegervereine und Politik wird aus dem berühmten Weinorte Hellgarten im Rheingau berichtet.

Dort hatten bei der letzten Reichstagswahl fast alle Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, und weitaus die größte Zahl der Stimmen wurden für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben. Einige Zeit darauf wurde zuerst leise, dann immer lauter und allgemeiner die Behauptung aufgestellt, es könne nicht anders sein, als daß zahlreiche Mitglieder des Krieger- und Militär-Vereins für den Sozialdemokraten gestimmt haben müßten.

Obwohl seitens der Vereine gegen diese Behauptung protestiert wurde, haben nun der Kreiskriegerverein und der Deutsche Kriegerbund, denen die Angelegenheit unterbreitet worden war, bewirkt, daß dem Kriegervereine und Militärvereine in Hellgarten die Erlaubnis versagt wurde, fernerhin die Vereinsfahne zu tragen. Die genannten Vereine wollen die Sache nicht auf sich beruhen lassen. Sie haben bereits ihren Austritt aus dem Kreisverbande erklärt und werden, falls die gegen sie unternommenen Schritte nicht rückgängig gemacht werden, die Vereine auflösen und das Vereinsvermögen unter die Mitglieder verteilen.

Am besten wäre es, die Leute gründeten einen sozialdemokratischen Krieger-, nämlich einen Wahlverein.

Alles bleibt, wie es ist.

Die freisinnige Presse kann nicht nachdrücklich genug dem empörenden Verdacht entgegentreten, als wolle die freisinnige Reichstagsfraktion gegen Bülows Fußtritt rebellieren. Die immer wieder auftauchenden Gerüchte und aus einzelnen Zeitungsartikeln gezogenen Schlußfolgerungen, daß die Fraktionsgemeinschaft der drei freisinnigen Parteien im Reichstage infolge der Haltung der preußischen Regierung in der Wahlrechtsfrage bedroht sei, entbehren, wie sich die „Frankfurter Zeitung" extra aus Berlin telegraphieren läßt, jeder Begründung. Es herrscht innerhalb der Fraktion über die durch die Wahlrechtserklärung geschaffene Situation und die daraus sich für die Haltung im Reichstag ergebenden Aufgaben weitgehendste Übereinstimmung, und soweit einzelne Meinungsverschiedenheiten bestehen, sind diese nicht größer, als sie früher gewesen sind. Die Haltung der freisinnigen Parteien, heißt es weiter, wird von Fall zu Fall bei Beratung der vorliegenden Gesetzentwürfe bestimmt. Das Verbleiben Bülows oder sein Rücktritt sei für die Erfüllung der liberalen Wünsche nicht von der Bedeutung, wie vielfach angenommen wird.

Mit anderen Worten: Der Freisinn denkt an keinen Kampf gegen Bülow, und er maskiert diese Feigheit durch die erhaben-lächerliche Bemerkung, auf das Verbleiben Bülows komme es garnicht an. Augenscheinlich will der Freisinn damit sagen: ob Bülow oder ein anderer Junker am Ruder sitzt, ist ganz egal, an die Erfüllung der liberalen Wünsche ist — doch nicht zu denken.

Politische Hochstapelei.

Herr August Stein, Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" und bis zum 10. Januar journalistischer Vertrauensmann Bernhard Bülows gibt jetzt in seinem Blatt folgende Enthüllungen zum besten:

Daß es ohne weiteres bei den jetzigen Partei- und Machtverhältnissen gelingen werde, das Reichstagswahlrecht für Preußen einzuführen, hat natürlich auch im Lager der linksliberalen Parteien niemand geglaubt. Wohl aber hat man auf dieser Seite seit dem letzten Frühjahr und Sommer gehofft, daß Bülow sich ernstlich bemühen werde, eine wirkliche Reform des preußischen Wahlrechts durchzuführen und von ihrer Notwendigkeit wenn nicht alle, so doch einen Teil der Konservativen zu überzeugen. Diese Hoffnung beruhte nicht auf einer einzigen bestimmten Zusage, sondern man mußte aus Äußerungen des Reichskanzlers, die er mehrfach in politischen Gesprächen und auch in den Unterhaltungen mit liberalen parlamentarischen Besuchern in Nordernen getan hat, daß er sich mit dem Gedanken einer Reform des preußischen Wahlrechts als einer notwendigen Voraussetzung und Ergänzung der Blockpolitik im Reichstage trage. Bestimmte Mitteilungen oder Andeutungen, wie er sich diese Reform denke und in welchen bestimmten Punkten das Wahlrecht geändert werden solle, sind unseres Wissens dabei nicht gemacht worden. Es hat sich, wie das im Wesen des Reichskanzlers liegt, und wie er auch seine Blockpolitik im Reichstage eingeführt hat, um allgemeine Andeutungen und in der Hauptsache eben um das Anerkenntnis der Reformbedürftigkeit des Dreiklassenwahlrechts gehandelt."

Was Herr August Stein da erzählt, ist nicht neu. Es hat schon im Sommer dieses Jahres viel genauer und richtiger in der sozialdemokratischen Presse gestanden. Eine Pflicht der Diskretion, die uns nicht auferlegt ist, oder vielleicht ein Restchen alter Liebe, hindert Herrn Stein, die ganze Wahrheit zu erzählen. Fürst Bülow hat damals sehr bestimmte Mitteilungen und Andeutungen gemacht. Es gab damals auch genug freisinnige Blockdiplomaten, die in ihrem Siegerglück das süße Geheimnis nicht zu wahren vermochten. Jetzt sitzen sie verlassen auf dem Straßenstein und weinen.

Der Dekorationsfreisinn dekoriert.

Alljährlich um diese Zeit ergießt sich ein ausgiebiger königlich preußischer Ordensregen über Gerechte und Ungerechte. Im allgemeinen kümmert man sich nicht sehr darum, wen's trifft. Denn die „Auszeichnungen" pflegen gewöhnlich außerordentlich unpolitisch zu sein, und die Öffentlichkeit interessiert es nicht, ob ein reich gewordener Schlachtermeister durch Gefälligkeiten sich die Gunst eines „Einflußreichen" und damit einen Orden verschafft hat oder ob ein Herr Cohn ein Kreuzchen erlangte, weil er sich als Kirchenbauer hervortat. Als politischer Akt galt — glücklicherweise! — bei uns bisher eine Ordensverleihung nicht.

Das ist jetzt anders geworden. Kanzler Bülow wollte den Freisinnigen für geleistete treue und selbstlose Dienste doch auch etwas gewähren, und da er die realen Dinge für seine Junker und Agrarier behalten muß, schenkte er den Freisinnskoryphäen glänzendes Spielzeug — Orden nämlich, Kaempf, Gyssling, Dr. Mugdan, Dr. Wiemer, Eickhoff, Fischbeck, Münsterberg und — Schrader erhielten Blockorden. Abgesehen von Schrader, der gar nicht recht in die Gesellschaft paßt, kann man hier wohl sagen: Es ist an die Rechten gekommen! Aber einen vermissen wir in der Liste; Kopsch hätte auch ein Vögelchen verdient.

Bemerkenswert ist, daß die Bewertung des Freisinns abgestuft wurde. Kaempf bekam die dritte Klasse und die anderen „Unentwegten" müssen sich gar mit dem Kronenorden begnügen. Pikant ist es, daß der Judenfresser Liebermann v. Sonnenberg gleichzeitig mit Mugdan dekoriert wurde. Fischbeck, Wiemer und Kopsch werden fortan noch eifriger als bisher das „aufrechte, freigesinnte deutsche Bürgertum" vertreten, natürlich mit dem Gängelbändchen im Knopfloch.

Rußland.

Blutchronik. Aus der Statistik der gerichtlichen Verurteilungen kann man ersehen, daß die Zahl derselben trotz aller amtlich behaupteter „Beruhigung des Landes" nicht nur nicht abnimmt, sondern in den letzten Monaten sogar gewachsen ist. Während sie sich in den beiden ersten Monaten des Jahres 1907 auf 1350 belief, fällten die Gerichte in den letzten Monaten desselben Jahres bisher schon 2681 Verurteilungen, und noch etliche werden hinzukommen, da die Statistik noch nicht abgeschlossen ist. Stark gewachsen ist namentlich auch die Zahl der Todesurteile. Es wurden deren im November und Dezember nicht weniger als 428 gefällt gegen 271 in den beiden ersten Monaten des Jahres. Die meisten davon entfallen auf Kiew, Odessa und Sibirien. Polen nimmt mit seinen 46 Todesurteilen binnen zwei Monaten erst den vierten, die Ostseeprovinzen mit 42 Todesurteilen den fünften Platz ein. Dem Ostseegebiet folgen die Gouvernements Moskau und Wilna mit je 30 Todesurteilen. Wegen der in der Stadt Moskau selbst verübten Straftaten wurden außerdem 18 Personen zum Tode verurteilt. Todesurteile werden in Rußland nur von Kriegsgerichten gefällt. Man ersieht aus der großen Zahl der Todesurteile, daß die Tätigkeit der Kriegsgerichte einen sehr großen Umfang erreicht hat. Auch sonst ist ihr Anteil an den Verurteilungen recht bedeutend. Im November und Dezember allein haben sie 110 Personen zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und 312 zur Zwangsarbeit für bestimmte Zeit verurteilt. Die Zahl der Verurteilungen zur Zwangsarbeit durch sonstige Gerichte ist verhältnismäßig gering. Zur lebenslänglichen Zwangsarbeit wurden von ihnen im November und Dezember nur 5 Personen, zur zeitweiligen Zwangsarbeit 161 Personen verurteilt. Die Rechtsprechung befindet sich somit zum überwiegenden Teile in den Händen der Kriegsgerichte, deren Verfahren keine Rechtsgarantien bietet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 21. Januar.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Zuzug nach der Grevesmühler Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Die Hinterbliebenenrente. Verstirbt ein Versicherter infolge Betriebsunfalls, so haben seine Hinterbliebenen Anspruch auf Zahlung eines Sterbegeldes in Höhe des fünfzehnten Teiles des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen, jedoch mindestens im Betrage von fünfzig Mark, sowie einer vom Todestage ab zu gewährenden Rente. Das Sterbegeld steht demjenigen zu, der die Bestattung bewirkt hat und nachweist, daß und welche Kosten ihm entstanden sind. Ein etwa überschießender Betrag gehört den Hinterbliebenen. Diese haben Anspruch auf das Sterbegeld, auch wenn die Beerdigung des Verunglückten nicht erfolgen kann, also etwa dann, wenn er bei einer Grubenkatastrophe verbrannte oder verschüttet wurde und seine Leiche deshalb nicht geborgen werden konnte. Steht den Hinterbliebenen gleichzeitig aus der Kranken- und Unfallversicherung Sterbeunterstützung zu, so ist die Unfallberufsgenossenschaft verpflichtet, aus dem von ihr zu leistenden Sterbegeld zuerst der Krankenkasse für das von dieser gezahlte Sterbegeld bis zur vollen Höhe Ersatz zu leisten. In diesem Falle würden die Angehörigen des Verunglückten erst dann Ansprüche gegen die Berufsgenossenschaft geltend machen können, wenn die von dieser zu leistende Summe größer wäre, als die von der Krankenkasse erhaltene, ein Fall der meist nur bei jugendlichen und niedrigbezahlten weiblichen Versicherten eintreten dürfte. Anspruch auf Zahlung der Hinterbliebenenrente haben in erster Linie der hinterbliebene Ehegatte und die Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr. Ihnen stehen je zwanzig Prozent des Jahresarbeitsverdienstes, den der Verunglückte bezog, zu, jedoch nicht mehr als insgesamt sechzig Prozent. Wird von dem tödlichen Unfall eine Ehefrau, die wegen Erwerbsunfähigkeit des andern Ehegatten den Lebensunterhalt der Familie ganz oder teilweise bestritt, betroffen, so erhalten der hinterlassene Ehemann und die Kinder ebenfalls eine Rente von je zwanzig Prozent des Jahresarbeitsverdienstes, jedoch nur bis zum Wegfall der Bedürftigkeit. Hielt sich der Ehemann der getöteten Frau von der häuslichen Gemeinschaft fern und entzog er sich der Unterhaltungspflicht, so kann die Berufsgenossenschaft den Kindern eine Rente gewähren, ist aber nicht dazu verpflichtet. Sind neben der Witwe oder — unter der eben genannten Voraussetzung — dem Witwer mehr als zwei Kinder vorhanden, so wird der Betrag jeder einzelnen Rente soweit gekürzt, daß die Gesamtsumme nicht mehr als 60 Prozent ausmacht. Der Rentenanteil des ausscheidenden Rentenberechtigten — eines Kindes nach zurückgelegtem 15. Lebensjahr, des Ehegatten nach der Wiederverheiratung oder nach seinem Tode — wächst vom Tage des Freiwerdens den andern Hinterbliebenen bis zur Erfüllung des Gesamthöchstbetrags, jedoch nicht über zwanzig Prozent für den einzelnen Rentenberechtigten hinaus. Im Fall der Wiederverheiratung erhält die Witwe sechzig Prozent des Jahresarbeitsverdienstes als Abfindungssumme. Wurde die Ehe erst nach dem Unfall, der schließlich

den Tod nach sich zog, geschlossen, so hat die Witwe keinen Anspruch auf Rente, doch kann in besonderen Fällen eine Rente gewährt werden. Auch die unehelichen Kinder können, wenn ihr Vater infolge eines Unfalls verstirbt, nach der unsozialen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts keine Ansprüche gegen die Berufsgenossenschaften erheben, ebensowenig die Stiefkinder, wenn sie nicht adoptiert waren. Wohl aber muß den Kindern von tödlich verunglückten alleinstehenden Frauen — auch unehelichen Kindern — eine Rente gezahlt werden. Hinterläßt der Verstorbene Verwandte der aufsteigenden Linie (Eltern, Großeltern oder elternlose Enkel), so wird ihnen, falls ihr Lebensunterhalt ganz oder überwiegend durch den Verstorbenen bestritten wurde, bis zum Wegfall der Bedürftigkeit oder — bei Enkeln — bis zum vollendeten 15. Lebensjahr eine Rente von insgesamt 20 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes gewährt. Die Verwandten der aufsteigenden Linie haben diesen Anspruch aber nur insoweit, als der Höchstbetrag der Renten nicht von dem Ehegatten und den Kindern des Verstorbenen beansprucht wird; den Enkeln gehen alle andern bezugsberechtigten Verwandten voran. Zu den Enkeln sind auch die unehelichen Kinder einer verstorbenen Tochter zu rechnen, und so ergibt sich die Konsequenz, daß uneheliche Kinder eine Rente beziehen können, wenn ihr Großvater infolge eines Unfalls verstirbt, nicht aber, wenn ihr Vater tödlich verunglückt. Diese Tatsache illustriert trefflich den Widersinn der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes gegenüber den Rentenansprüchen unehelicher Kinder. Die Hinterbliebenen eines Ausländers, die zur Zeit des Unfalls nicht im Inland ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten, haben keinen Anspruch auf die Rente. Durch Beschluß des Bundesrats kann aber diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete, sowie für die Angehörigen solcher auswärtigen Staaten, durch deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge für die Hinterbliebenen durch Betriebsunfall getöteter Deutscher gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden. Das ist auch durch mehrere Verordnungen des Bundesrats für Grenzgebiete von Österreich-Ungarn, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz geschehen. Ebenso ist es bestimmt worden, daß die rentenberechtigten Angehörigen der im Reichsrat vertretenen österreichisch-ungarischen Länder, der Niederlande und des Königreichs Italien, sowie ihre Hinterbliebenen, solange sie sich nicht im Inland aufhalten, ihre Renten weiterbeziehen können, wenn sie den vom Reichsversicherungsamt erlassenen Vorschriften über die Mitteilungen ihres Aufenthaltsorts nachkommen.

Die Schiffahrt auf dem Elbe-Trave-Kanal wird vom 19. Januar d. J. ab für alle Schiffe wieder freigegeben.

Versammlung der Hafenarbeiter. Am 20. Januar tagte eine Versammlung der Hafenarbeiter im Vereinshaus mit der Tagesordnung: „Ist die Gründung eines Industrie-Verbandes für das Transportgewerbe zweckdienlich?" Das Referat hatte der Verbandsvorsitzende F. Döring-Hamburg übernommen. Redner führte aus, daß der Halberstädter Kongreß sich auf den Standpunkt stellte, daß die Berufsorganisation für die Arbeiterschaft die zweckdienlichste sei. Dem hätten sich auch die seinerzeit bestehenden Lokalorganisationen angepaßt und die Zentralorganisationen errichtet. Auch wir hätten dieses Bestreben gezeigt, wie schon der Name Verband der Hafenarbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands besagt. 1896 sei schon ein Antrag gestellt, die Verbände der Seeleute und Hafenarbeiter zu einer Organisation zu verschmelzen, doch fand dieser Antrag keine Gegenliebe. Ähnliche Anträge sind 1898 und 1902 wiederholt; man wollte nicht allein die Seeleute und Hafenarbeiter, sondern alle im Handel und Verkehr tätigen Arbeiter in einer Organisation vereinigen. 1904 und 1906 nahm unser Verbandstag eingehend zu der Frage Stellung. Die im Jahre 1906 vorgenommene Urabstimmung hatte nur ein sehr negatives Resultat, denn es beteiligten sich hieran nur 28 Proz. der Mitglieder. Redner erläutert sodann die seinerzeit von den Hauptvorständen festgesetzten Grundlagen für die neue Organisation, die den Namen Deutscher Transportarbeiter-Verband führen soll; ferner wurden besprochen die Unterstützungen, welche darin vorgesehen sind; unsere Kollegen hätten großen Widerstand gegen die Arbeitslosen- resp. Erwerbslosen-Unterstützung geleistet, weil irrigerweise die Durchführbarkeit bezweifelt wurde. Es wird entschieden schwerer sein, jedem zu seinem Recht zu verhelfen, als wie sich herausbildende Mißstände zu beseitigen. Nachdem die Verbandstage der Transportarbeiter und der Seeleute die Verschmelzung beschlossen haben, liegt es nur noch an uns, dasselbe zu tun; deshalb muß unser nächster Verbandstag hierzu präzise Stellung nehmen, d. h. dieser müsse entweder ebenfalls zustimmen oder ablehnen; letzteres würde nicht im Interesse der Hafenarbeiter liegen, sondern höchst bedauerlich sein. Auch würden hierdurch die Grenzstreitigkeiten, die sehr hemmend für die Organisation empfunden werden, verschwinden. Die agitatorisch tätigen Kollegen könnten ihre ganze Kraft der Agitation widmen und brauchten nicht unnütz Kräfte zu vergeuden. Der Hauptgrund, der für die Verschmelzung spricht, ist die große Machtentfaltung, welche uns hierdurch ermöglicht wird. Das Unternehmertum ist hartnäckig bemüht, seine Organisation auszubauen; es verfolgt unbeirrt seinen Weg. Das muß uns als Vorbild dienen und es als Pflicht erscheinen lassen, es ihnen gleich zu tun. Deshalb ist dieser Schritt nicht allein zweckdienlich, sondern notwendig. Die sehr gut besuchte Versammlung zollte dem Referenten reichen Beifall für die sehr sachlich gehaltenen Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich nur wenige Kollegen. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde nachstehende Resolution gegen eine Stimme angenommen:

Die heute, am 20. Januar 1908, im „Vereinshaus" tagende Versammlung der Hafenarbeiter pflichtet den Ausführungen des Verbandsvorsitzungen F. Döring bei und erklärt sich aus Rücksicht auf die größere Macht, welche durch die Gründung einer Einheitsorganisation für das Transportgewerbe erzielt wird, mit dieser Gründung einverstanden und erwartet, daß der im Mai in Hamburg stattfindende Verbandstag einem dahingehenden Beschluß seine Zustimmung gibt.

Schulärzte. In Ausführung des Rat- und Bürgerschlusses vom 30. Oktober 1907 sind vom 1. April 1908 ab als Schulärzte angestellt: für Bezirk I (Burg-Mädchenschule, Burg-Knabenschule) Dr. med. Leonhardt, wohnhaft Schulstraße 4; für Bezirk II (Berend-Schröder'sche Schule, Dom-Knabenschule, Dom-Mädchenschule, Petri-Knabenschule) Dr. med. Pauli, wohnhaft Mühlenbrücke 5; für Bezirk III (I. Knaben-Mittelschule, Seminar-Übungsschule, Lehrerseminar) Dr. med. Ziehl, wohnhaft Gr. Burgstraße 47; für Bezirk IV (Marien-Knabenschule, Marien-Mädchenschule, II. Mädchen-Mittelschule, Lehrerinnen-Bildungsanstalt) Dr. med. von Thaden, wohnhaft Breitestraße 29; für Bezirk V (I. St. Gertrud-Knabenschule, I. St. Gertrud-Mädchenschule, II. St. Gertrud-Knabenschule, II. St. Gertrud-Mädchenschule) Dr. med. Meyer, wohnhaft Marlistraße 40b; für Bezirk VI (I. Mädchen-Mittelschule, I. St. Jürgen-Knabenschule, I. St. Jürgen-Mädchenschule, II. St. Jürgenschule) Dr. med. Stoffer, wohnhaft Cronsforder Allee 6a; für Bezirk VII (St. Lorenz-Knaben-Mittelschule, St. Lorenz-Mädchen-Mittelschule, I. St. Lorenz-Mädchenschule) Dr. med. Lorenz, wohnhaft Beckergrube 64; für Bezirk VIII (I. St. Lorenz-Knabenschule, IV. St. Lorenz-Mädchenschule) Dr. med. Pée, wohnhaft Königstraße 69; für Bezirk IX. (II. St. Lorenz-Knabenschule, II. St. Lorenz-Mädchenschule, V. St. Lorenz-Knabenschule, V. St. Lorenz-Mädchenschule) Dr. med. Dinkgraeve, wohnhaft Moislinger Allee 22; für Bezirk X (III. St. Lorenz-Knabenschule, III. St. Lorenz-Mädchenschule, VI. St. Lorenzschule) Dr. med. Ad. Christern, wohnhaft Schwartauer Allee 4.

Schwankende Gesundheit. Die Sterblichkeit im neuen Jahre hat fast überall mit verhältnismäßig günstigen Zahlen sich eingeführt. In der Woche vom 29. Dezember 1907 bis zum 4. Januar 1908 starben auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern in: Aachen 18,2, Altona 15,6, Augsburg 23,3, Barmen 13,7, Berlin 15,2, Beuthen —, Bielefeld 18,4, Bochum 20,9, Bonn 19,0, Borbeck —, Braunschweig 14,4 Bremen 15,4, Breslau 21,2, Charlottenburg 12,4, Chemnitz —, Danzig 24,7, Darmstadt 17,4, Dessau —, Dortmund 15,4, Dresden —, Deutsch-Wilmersdorf 9,7, Duisburg 19,2, Düsseldorf 14,7, Elberfeld 18,2, Elbing —, Erfurt 13,3, Essen 12,1, Flensburg —, Frankfurt a. M. 16,2, Frankfurt a. O. —, Freiburg i. B. 12,5, Fürth —, Gelsenkirchen 19,0, M.-Gladbach —, Gleiwitz —, Görlitz 20,4, Gera —, Hagen 12,4, Halle a. S. 18,3, Hamborn 22,5, Hamburg 17,2, Hannover 12,7, Harburg—, Heidelberg —, Karlsruhe 14,6, Kassel 14,0, Kaiserslautern —, Kiel 10,6, Koblenz —, Köln 16,9, Königsberg i. P. 21,8, Königshütte 18,2, Krefeld 19,6, Leipzig 11,8, Lichtenberg —, Liegnitz —, Linden 17,3, Lübeck 12,9, Ludwigshafen 13,4, Magdeburg 17,5, Mainz 17,0, Mannheim 11,9, Metz —, Mülhausen i. E. 15,5, Mülheim a. R. 23,3 Mülheim a. d. R. 23,3 München 15,3, Münster —, Nürnberg 18,0, Oberhausen —, Offenbach —, Osnabrück —, Pforzheim —, Plauen i. V. 19,9, Posen 23,0, Potsdam —, Remscheid 7,8 Rixdorf 15,3, Rostock 16,6 Schöneberg 10,4, Solingen —, Spandau 18,5, Stettin 21,6, Straßburg i. E. 15,3, Stuttgart 13,1, Ulm —, Wiesbaden 10,5, Worms —, Würzburg 21,3, Zabrze —, Zwickau 22,1.

Der Verein für Gesundheitspflege beginnt am Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, mit dem Mutterschaftskursus der Frau Ebert. Die Abende finden im Gesellschaftshaus Monopol, Johannisstr. 25, statt. Hoffentlich wird auch hier in Lübeck die Beteiligung eine recht rege, die Preise sind niedrige und die Urteile über die Vortragende recht günstige. So schreibt Prof. Dr. Flesch in der „Frankfurter Zeitung" v. 31. Oktober 1906. „Im Saale des evangelischen Kasinos auf dem Börsenplatz begann am Montag Frau Clara Ebert aus Wien ihren auf 4 Tage berechneten Vortragszyklus über die Vorbildung der angehenden Frau für die Aufgaben und Pflichten der Ehe. Den Inhalt des ersten Vortrags bildete eine Darstellung der Anatomie und Physiologie des weiblichen Körpers. Nach den verschiedensten Richtungen suchte die Rednerin, an die aus Physiologie und Pathologie sich ergebenden Tatsachen anknüpfend, den wichtigsten Einfluß der körperlichen und geistigen Gesundheit der in die Ehe Tretenden auf die Erzielung eines gesunden Nachwuchses zu erweisen. Aufgabe aller zur Ehe Schreitenden im Zeitalter Darwins muß es sein, eine geschlechtliche Zuchtwahl auch in der Fortentwicklung des Menschengeschlechts zur Wahrheit werden zu lassen. Heranziehung der jungen Mädchen zur Ehe ohne vorherige Verblödung durch das Storchenmärchen, gesundheitliche und ethische Prüfung der Brautleute vor der Trauung, ein wirkliches Brautexamen müsse verlangt werden, um im Sinne dieser Zuchtwahl zu wirken." Die Damen, welche teilnehmen wollen und sich bis jetzt noch nicht gemeldet haben, können Donnerstag abend bei der Eröffnung des Vortrages noch Eintrittskarten entnehmen.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Am Mittwoch und Sonnabend dieser Woche finden keine Vorstellungen statt. Am Donnerstag wird nach langen Jahren das Lustspiel „Doktor Klaus" von Ad. L'Arronge gegeben. Freitag wird Signorina Prevosti ihr Gastspiel als Violetta in Verdis Oper „La Traviata" beschließen. Die Violetta ist die Glanzpartie von Frl. Prevosti; sie bleibt in dieser Rolle unerreicht.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Stockelsdorf. Höchst sonderbar erging es dem Turnverein für Stockelsdorf und Umgegend; es sollte das Stiftungsfest und zwar das 8. verbunden mit Aufführungen und Kappenfest am 19. Januar bei Herrn Dose stattfinden. Das Fest war von der Regierung in Eutin für die Mitglieder und deren Angehörige genehmigt, aber zum Schluß war in der Regierungsverfügung betont, daß Kinder, Lehrlinge und Dienstboten weder in Wirtschaftsräumen noch im Tanzsaale während des Balles sich aufhalten dürften. Nun sind zirka 40 Schüler Mitglieder des Vereins; dieselben durften also nach der ersten Ausführung anwesend sein, nach der letzten bezüglich des Balles nicht; das ist doch ein großer Widerspruch. Es fanden dann bis 8 Uhr Konzert und Turn-Aufführungen statt, so daß die Schüler um 8 Uhr das Lokal verließen. Diese Maßnahme der Regierung wird noch weiter verfolgt werden.

Schönböken. Volksversammlung. Die gestern abend stattgefundene Volksversammlung, in welcher Genosse Weyers-Lübeck referierte, erfreute sich eines guten Besuches. Redner erläuterte in gedrängter Kürze den Zweck und die Ziele der Sozialdemokratie und führte die sattsam bekannten Vorwürfe unserer Gegner auf ihren wahren Wert zurück. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Mit einem Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Hamburg. Eine aufregende Verfolgung von Einbrechern mit tragischem Ausgang ereignete sich in der Nacht zum Sonntag in der Umgegend des Gänsemarktes. Am Valentinskamp versuchte ein Mann die Scheibe der Eingangstür zu einem Hausstandsgeschäft einzudrücken, während sein Komplize „Schmiere" stand. Sein Gebaren wurde von Passanten bemerkt und einem Schutzmann mitgeteilt, worauf die beiden flüchteten. Als sich der Schutzmann mit einem der Augenzeugen dem Gänsemarkt näherte, bemerkten sie, wie die beiden Flüchtigen sich in der Dammtorstraße in einem Hauseingang versteckten. Er schlich sich näher und konnte, während der eine entwich, den andern ergreifen. Dieser riß sich aber wieder los und flüchtete der Theaterstraße zu. In der Theaterstraße wurde der Verfolgte gestellt. Mit erhobenem Revolver rief er den Verfolgern zu: „Zurück oder ich schieße!" In demselben Augenblick fiel auch schon ein Schuß. Die Kugel traf zwar nicht den Schutzmann, durchlöcherte aber den Rockärmel eines Kutschers, ohne diesen zu verletzen. Kurz darauf fiel ein zweiter Schuß. Der Verfolgte hatte sich selbst durch einen Schuß in den Kopf zu Boden gestreckt. Unterdessen hatte ein zweiter Schutzmann auf ein Alarmsignal die Verfolgung des andern Flüchtlings aufgenommen und ihn auch eingeholt. Doch auch dieser zog den Tod der Verhaftung vor. Schwer verletzt wurden beide durch die Sanitätskolonne dem Hafenkrankenhause zugeführt.

Letzte Nachrichten.

Dresden, 20. Jan. Der Verband Deutscher Industrieller trat zu seiner sechsten ordentlichen Hauptversammlung zusammen, die von etwa dreihundert Industriellen aus ganz Sachsen besucht war. Nach dem Bericht des Syndikus, Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann, über die wirtschaftliche Lage und die Tätigkeit des Verbandes, wonach dem Verbande viertausend Fabrikbetriebe mit vierhunderttausend Arbeitern angehören, wurden Beschlüsse gefaßt, welche das Vorgehen gegen die Lieferungsbedingungen der Kohlensyndikate empfehlen, sowie eine Resolution gegen die geplante Änderung der Gebühren für die Benutzung von Fernsprechern in der amtlicherseits vorgeschlagenen Form, sowie eine weitere Resolution, welche die Förderung der Baumwollkultur durch Unterstützung von Bahnbauten im Interesse der deutschen Textilindustrie fordert.

Miesbach, 20. Jan. Der „Miesbacher Anzeiger" meldet aus Hausham: Auf der hiesigen Kohlengrube wurden gestern abend durch eine Kohlenstaubexplosion, verursacht durch Sprengschüsse, zwei Bergleute schwer verletzt und einer getötet. Sämtliche Verunglückten waren verheiratet.

Mannheim, 20. Jan. Sonntag nachmittag um 5½ Uhr sind beim Eislaufen auf dem Neckar zwei Mädchen von 7½ und 8 Jahren eingebrochen und ertrunken. Ein in der Nähe weilender unbekannter Mann versuchte die beiden zu retten. Er mußte von dem Vorhaben abstehen, da er selbst einbrach.

Sofia, den 20. Jan. Die Tribune meldet, daß die bulgarischen Einwohner des mazedonischen Dorfes Dragosh, während sie das Neujahrsfest feierten, von Griechen überfallen wurden. Die Griechen setzten die Wohnhäuser in Brand und schossen die Einwohner nieder. 40 Bulgaren wurden ermordet.

London, 20. Jan. Nach 45tägiger Gefangenschaft konnten gestern die drei Minenarbeiter Bailey, Brown und Macdonald wieder an das Tageslicht gebracht werden, die am 4. Dezember in einem Schacht der Giroux-Mine bei Ely in Nevada 1000 Fuß unter der Erde verschüttet worden waren. Die zusammengestürzten Balken hatten eine geräumige Schutzwand für die drei gebildet, hinter der sie atmen und sich notwendig bewegen konnten.

Melbourne, 20. Jan. Hier herrscht so starke Hitze, daß zahlreiche Fälle von Hitzschlag vorkommen. In ganz Victoria nahmen 32 Fälle von Hitzschlag einen tödlichen Ausgang.

Santiago de Chile, 19. Jan. In Temuco kamen bei einem Brande, durch den dreißig Häuser zerstört wurden, drei Personen ums Leben, mehrere wurden verletzt.

Tientsin, 20. Jan. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" aus Tientsin ist auf der Peking—Kalgan-Eisenbahn ein Tunnel eingestürzt, wobei **180 Personen getötet** wurden.

Literarisches.

Süddeutscher Postillon Nr. 2 (Verlag von M. Ernst, München). Drei vortreffliche farbenprangende Bilder schmücken sie: Veiteles, schläfst Du? — Der Block gefeingt. — Knecht Rupprecht! — Das Münchener Revolverschießen gab Veranlassung zu dem Leitgedicht: Polizei-Herrlichkeit, dem eine kleine Rundschau folgt. — Die Tugend von Allenstein (Ged.). — Zwischen Glossen präsentiert sich ein markantes neues Staatssiegel für U. St. of A. — Neue Marseillaise (Ged.). — Schwindsüchtig, Kulturstudie von B. A. — Wie die „Hirsche" nach Wasser schreien (Ged.) — Blaues Blut (Ged.) und viele andere Gedichtchen und Satiren. Die Nummer voll Witz, Anregung und Humor kostet 10 Pf.

„In Freien Stunden". Von dieser Wochenschrift, die von der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben wird, liegen die ersten beiden Hefte des neuen Jahrgangs vor. Wir bitten unsere Leser, für diese, den Arbeitern und ihren Familien gewidmete Zeitschrift zu agitieren. Probehefte zum Auslegen in den Versammlungen 2c. liefert jede Parteibuchhandlung oder der Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die Philosophie Spinozas. Von J. Stern. Dritte, stark verbesserte Auflage. Preis broschiert 1,50 Mk., geb. 2 Mk. Die ununterbrochene Nachfrage nach diesem Buch hat den Verfasser zu einer gründlichen Durchsicht des Textes veranlaßt. Dabei ist eine Reihe von Verbesserungen und Erweiterungen angebracht worden, wodurch das Buch, das ein geschlossenes, philosophisches System auf der Grundlage des Spinozismus und zugleich eine Erläuterung des letzteren darstellt, allgemein verständlicher und leicht lesbar geworden ist.

Alkohol und Geschlechtsleben. Mit einem Anhang über Animier-Kneipen. Von Dr. med. Magnus Hirschfeld. 4. bis 10. Tausend. 16 Seiten 8°. Preis 10 Pfg. In Partien billiger. Verlag: Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund, Johannes Michaelis, Berlin O 17, Lange Straße 11. Durch Beispiele aus dem Leben führt der Verfasser den Nachweis der Gefährlichkeit des Genusses geistiger Getränke und schließt mit den Worten: „Wahrlich, wir haben allen Grund, gegen einen Feind zu kämpfen, der uns nicht erhöht, sondern erniedrigt, nicht befreit, sondern unterdrückt, der keinen Segen, sondern nur Nachteil, Unheil und Schaden bringt und mehr wie jede andere Ursache der Vervollkommnung der menschlichen Rasse hindernd im Wege steht." — Im Anhang sind die Animierkneipen Berlins geschildert.

Quittung.

Für die Parteikasse gingen ein:

Von 4 streitenden Berlinern bei Grünewald . . . . . 1,— Mk.

Der Kassierer.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Lowigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Wegners allerfeinste Meiereibutter kostet per Pfund 135 Pfg., bei 3 Pfund 4.— Mark.
Schwartauer Allee 205.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

A. B. Sch.

Donnerstag 8½ Uhr: Vorstandssitzung.

Die Geburt eines gesunden Knaben zeigen hocherfreut an

W. Siems und Frau.

Lübeck, den 18. Januar 1908.

Am Sonnabend, den 18. Januar, abends 7 Uhr, starb nach schwerer Krankheit im Allgemeinen Krankenhause unsere liebe gute Schwester, Schwägerin und Tante

Jenny Alwart

im 89. Lebensjahre.

Tief betrauert von ihren Geschwistern und allen, die ihr nahe standen.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 22. Januar, vormittags 10¾ Uhr, von der Vorwerker Friedhofskapelle aus statt.

Eine Zweistuben-Wohnung zu vermieten Langereihe 4a, I.

Suche zum 1. April 1908

2 Tagelöhner-Familien

bei hohem Lohn u. Akkord. Gute Wohnungen, Kartoffelland, Futter für 1 Kuh oder 3 Liter Milch täglich, freie Reise und 10 Mk. Extra-Vergütung. **Wentzel**, Domänenpächter. **Kredebura** bei Ratzeburg.

Eine Frau sucht Beschäftigung im Weißnähen. Daselbst ein möblierte Zimmer zu vermieten Dornestraße 25

Verloren von einer armen Frau ein Portemonnaie mit 15 Mk. Inhalt in der Nähe der Schlumacherstraße. Da der Finder von Kindern erkannt ist, wird ersucht, den Fund beim Polizeiamt abzugeben.

Holländer-Kohlkäse

Pfd. 80 Pfg.,
Schweizer 70 Pfg., **Holsteiner** 25 Pfg., andere Sorten billigst.

Gute geräucherte Wurst

Pfd. 90 Pfg.,
Leberwurst 50, **Braunschweiger** 50 Pf. usw.

Fedder J. Behm,
Beckergrube 33. Ecke Fünfhausen.

Eimerbier

jeden Mittwoch abend bis 8 Uhr.
Ed. Nickels. Wahmstr 31.

Im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts", Berlin, erschien soeben:

Frauenleiden und deren Verhütung.

Nebst einem Anhang:
Die Verhütung der Schwangerschaft.
Von Dr. J. Zadek.
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Inventur- und Reste-Ausverkauf.

Wir haben große Posten Waren zu äußerst billigen Preisen ausgelegt, die zum Teil bis **50 %** im Preise ermäßigt sind und empfehlen solange Vorrat reicht

Ein Posten **Arbeitshosen** 2.00—3.50 Wert 3.50—6.00
Ein Posten **Buckskinhosen** 2.40—6.50 Wert 3.60—9.00
Ein Posten **Lodenjoppen** 3.50—10.00 Wert 6.00—15.00
Ein Posten **Knaben-Anzüge** 2.00—7.00 Wert 3.00—11.00
Ein Posten **Jüngl.-Anzüge** 7.50—12.00 Wert 10.00—18.00
Ein Posten **Herren-Anz.** 10.00—28.00 Wert 14.00—40.00
Ein Posten **Pelerinen für Knaben** 1.00—2.00 Wert 3.00—8.00
Ein Posten **Barch.-Hemden** 1.00—1.40 Wert 1.40—2.00
Ein Posten **Dam.-Jacketts** 3.00—14.00 Wert 5.00—24.00
Ein Posten **Damen-Blusen** 1.00—4.50 Wert 2.00 - 10.00

Ein Posten **Normal-Hemd.** 1.00—2.00 Wert 1.40—3.00
Ein Posten **Jagdwesten** 1.50—6.50 Wert 2.50—9.75
Ein Posten **Handtücher** 25 30 40 50 60
Ein Posten **Bettlaken** ohne Naht 1.65 1.80 1.95
Ein Posten **Bettbezüge** 1.95 2.40 2.80 4.00
Ein Posten **Schlafdecken** 95 1.30 1.50 2.00—7.00
Ein Posten **Taschentücher**, rot u. weiß 15 20 25 30
Ein Posten **Achselschürzen** 75 1.00 1.50 1.95
Ein Posten **Sportchemisetts** zum Ausluch. Stück 25 Pf., Wert bis 70 Pf.
Ein Posten **Barchent-Damen-Hosen** 75 Wert 1.70
Ein Posten **Barchent-Röcke** 95 Wert 1.70

Ferner ein grosser Posten **Reste** Kleiderstoffe,
Schürzen, Bettbezüge, Gardinen, Pique, Hemdentuch, Unterröcke und Blusen
teils für die Hälfte des regulären Wertes u. darunter.
Außerdem sind sämtliche regulären Waren bedeutend im Preise ermäßigt.
Günstige Gelegenheit für Einkäufe ganzer Aussteuern sowie zur Konfirmation.
Trotz dieser Ausnahmepreise rote Lubeca-Marken.

Breitestr. 31. **Bahr & Umlandt** Inhaber: Adolf Bahr.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

Abreisenden

aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. **Fischergr. 52.**

Achtung!

Zentralv. der Maurer!

Die zu Mittwoch, den 22 Jan., anberaumte Mitgliederversammlung fällt wegen der am gleichen Tage stattfindenden öffentlichen Volksversammlung aus.

Der Vorstand.

NB. Alle Kollegen, welche ihren Jahres-Arbeitsverdienst vom vorigen Jahre festgestellt haben, werden ersucht, das Material so bald wie möglich zwecks Zusammenstellung einer Statistik im Bureau abzugeben.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.

Mutterschaftskursus

der **Frau Cl. Ebert-Coburg**
findet am **23., 24., 31. Jan., 3.** u. **4. Februar, abends 8 Uhr,** im Gesellschaftshaus **„Monopol"**, Johannisstraße 25, statt. Meldungen werden noch an die Geschäftsstelle, Breitestraße **67**, erbeten.

Preise für alle 5 Abende: Mitglied **1** Mk., Nichtmitglied **3** Mk.

Donnerstag, den 6. Februar, abends 8 Uhr:

Stiftungsfest

im Kolosseum.

Karten sind Breitestraße 67, I., Exter, Hüxstraße 111, Krieger, Fleischhauerstraße 40, Weiland, Königstraße 70, und den Boten zu haben.

Gesangverein „Eintracht!"

General-Versammlung

am Mittwoch, 29. Januar,
abends 8½ Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht.
2. Abrechnung vom 4. Quartal.
3. Vorstandswahlen.
4. Bericht des Maskenballkomitees.
5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 22. Januar 1908,
abends 8 Uhr
in der Stadthalle:
14. Volkstüml. Konzert

(Orchester 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister **Hermann Abendroth.**
Solisten: die Herren Braun (Flöte), Pannier (Fagott), Seidel (Horn) u. Schütze (Klarinette).

Zur Aufführung kommen u. a.:

Serenade für Streicher	J. Haydn.
Ouverture zu „Der Fliegende Holländer"	R. Wagner
Peer Gynt Suite	E. H. Grieg.
Ballsirenen, Walzer	J. Lehar.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Eintrittspreis 50 Pfg Im Vorverkauf 10 Eintrittskarten 3 Mk. Einzelkarten 40 Pfg. bei den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Numerierter Platz 70 Pfg. Im Vorverkauf 10 numerierte Eintrittskarten 5 Mk. Numerierte Einzelkarten 60 Pfg. nur bei F. W Kaibel, Breitestraße 40.

Hansa-Theater

Theater Variete 1. Ranges.
Die großen
Welt-Attraktionen
Stuart * Renroff
Olympiers
und das übrige Programm.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: **L. Piorkowski.**
Mittwoch: Keine Vorstellung.
Donnerstag, den 23. Januar. 8 Uhr.
Doktor Klaus.
Freitag: Letztes Prevosti-Gastspiel.
Traviata.
Sonnabend: Keine Vorstellung.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

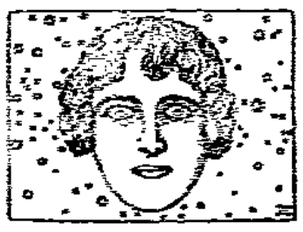
ULLSTEINS
WELTGESCHICHTE

Die Geschichte der Menschheit; ihre Entwicklung in Staat und Gesellschaft, in Kultur und Geistesleben,

herausgegeben unter Mitarbeit von 23 hervorragenden deutschen Gelehrten von

Prof. Dr. J. von Pflugk-Harttung
Archivrat am Königlichen Geheimen Staatsarchiv zu Berlin

Keine Weltgeschichte im alten Sinne des Wortes will dieses Werk sein, keine blosse Aufzählung von Kriegen und Schlachten, von Fürsten und Königen, von höfischen und diplomatischen Verwicklungen will es bieten. — Was es gibt, ist unendlich mehr, ist eine Darstellung des gesamten menschlichen Strebens und Wirkens nach jeder Richtung hin, ist schlechthin die „Geschichte der Menschheit". — Mit dem Herausgeber Professor Dr. J. von Pflugk-Harttung haben sich die hervorragendsten Gelehrten zur Abfassung dieses monumentalen Werkes verbunden. Von der Urzeit, die der Beitrag von Ernst Haeckel veranschaulicht, bis zur unmittelbaren Gegenwart, die in Karl Lamprecht ihren Darsteller gefunden hat, werden sämtliche Epochen der Menschheitsgeschichte von ihren berufensten Kennern geschildert.



Unterstützt und veranschaulicht wird die Darstellung durch Tausende von Illustrationen, bunte und einfarbige Tafeln, Darstellungen nach zeitgenössischen Kupferstichen, Holzschnitten, Flugblättern, Karikaturen, Karten, Münzen etc. Auf diesen Bilderschmuck wurde ein ganz besonderes Gewicht gelegt. Langjährige, eifrige Arbeit in Bibliotheken, und Archiven, in Klöster und Museen, im Inland und Ausland, hat es ermöglicht, ein Material zu veröffentlichen, wie es in einer solcher Seltenheit und Vollständigkeit noch nie geboten wurde.

Ullsteins Weltgeschichte erscheint in zwei Gruppen: „Aeltere Zeit" und „Neuere Zeit". Jede Gruppe ist in sich abgeschlossen und umfasst 80 Lieferungen à 60 Pfg. oder 3 Bände à 20 Mk. in dem von Prof. Franz v. Stuck entworfenen Originaleinband.

Zuerst erscheint die „Neuere Zeit". Verlangen Sie sofort kostenlose unverbindliche Ansichtssendung der ersten Lieferung, oder nehmen Sie Einsicht in den ersten Band bei:

Einem geehrten Publikum teile ich ergebenst mit, daß ich in dem früher der Firma **Rud. Kracht** gehörenden Hause **Ratzeburger Allee 40**

ein Geschäft in Kolonial-, Eisen- und Kurzwaren, Hausstandssachen, Farben, Tabak und Zigarren unter der Firma

Max Petersen

vollständig neu eingerichtet und soeben neu eröffnet habe.

Ich bitte, mein Unternehmen durch Zuwendung von Aufträgen gütigst unterstützen zu wollen, die ich gewissenhaft und zu billigsten Preisen ausführen werde.

Hochachtungsvoll

Max Petersen, Ratzeburger Allee 40. Fernruf 824.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter

Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. * * * * * * * * Billigste Preise.

Vorläufige Anzeige.

Großer theatralischer Abend

des Dilettanten-Klubs „Freiheit" von 1906

am Donnerstag, den 30. Januar 1908

im Vereinshaus, Johannisstr. 50|52.

(Die Stücke werden noch näher bekannt gegeben.)

Karten sind zu haben bei: Wittroot, Hüxstraße, Klein, Hüxstraße, Obst, Am Brink, im „Vereinshaus", sowie im Konsumverein, Fleischhauerstraße, und dessen Filialen Markt- und Glandorpstraße.

Das Komitee.

Neu-Lauerhof. **Heute Mittwoch: Dritter Familien-Abend**
Anfang 8 Uhr

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 17. Dienstag, den 21. Januar 1908. 15. Jahrg.

Die „Last der Sozialgesetze“ von einem Unternehmer beleuchtet.

Der freikonservative Reichstagsabgeordnete Schmidt (Altenburg) hat auf der außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Tabakvereins E. V., die am 24. November 1907 in Dresden tagte, einen Vortrag gehalten über „Die Weiterführung der Sozialpolitik im Deutschen Reich“. Der offizielle Bericht darüber ist in den Mitteilungen des Deutschen Tabakvereins „Das deutsche Tabakgewerbe“ erschienen. Der Vortragende gab eine hübsche Schilderung der Art, wie die Industrie von den Lasten der Sozialpolitik „bedrückt“ wird. Wir entnehmen den Ausführungen folgenden Passus:

„Meine Herren, ich bin fest überzeugt, daß bei Ihnen allen zunächst, als diese soziale Gesetzgebung eingeführt wurde, und als zum erstenmal die großen Beiträge für die Krankenversicherung und später vor allen Dingen für die Alters- und Invaliditätsversicherung gezahlt werden mußten, gar mancher gestöhnt hat. Heute aber werden diese Beträge, die alljährlich in gleicher Höhe wiederkommen, gebucht, sei es auf Unkostenkonto, sei es auf Löhnekonto; denn es ist ja ein Teil des Lohnes, und sie werden selbstverständlich mitkalkuliert und erscheinen im Preise der Ware schließlich wieder, — bei schlechter Konjunktur vielleicht nicht ganz in vollem Maße, und wir leben ja jetzt in ganz ungünstiger Konjunktur für uns und hoffen, daß es bei günstiger Konjunktur wieder anders werden möge. Jedenfalls ist aber soviel sicher, daß man von einem besonderen Drücken dieser Belastung kaum reden kann, namentlich schon um deswillen, weil, wenn Sie die Summe, die für die soziale Gesetzgebung jetzt gezahlt wird, nicht als Prozentteil des Lohnes ansehen, sondern sich mal umrechnen als Prozentteil Ihres Jahresumsatzes, schließlich nicht mehr als ½ Prozent des Jahresumsatzes herauskommt, und zur Kalkulation, zur Aufrechnung auf die betreffenden Fabrikate dreht es sich tatsächlich nur um ½ Prozent. Meine Herren, das ist eine so geringe Summe, daß es unbillig und unrecht wäre, davon ein großes Geschrei zu machen und zu behaupten, daß wir nicht mehr zahlen könnten, wenn unsern Arbeitern in Zukunft erhöhte Vorteile durch weitere Versicherungseinrichtungen zugewandt werden sollten.

Meine Herren, so, wie die Sache in unserer Industrie liegt, liegt sie ja bei weitem in den meisten Industrien in ganz Deutschland. Alle diejenigen Industrien, die ausschließlich im Inland arbeiten, oder die wenigstens zum bei weitem größten Teile im Inland arbeiten, können sich durch diese Beiträge zu der sozialen Gesetzgebung in keiner Weise belastet fühlen, denn diese Beiträge treffen genau proportional ihre gesamte Konkurrenz; es ist also kein einziger in irgendeiner Form bevorzugt. Etwas anderes könnte es sein bei denjenigen Industrien, die in der Hauptsache Exportgeschäft haben. Da könnte man konstruieren — und es ist ja so vielfach geschehen — weil die ausländische Industrie derartige Lasten nicht hat, deshalb sind wir dem Ausland gegenüber im Nachteil. Aber, meine Herren, wenn ich Ihnen schon nachgewiesen habe, daß der gegenwärtige Betrag, der geleistet wird, auf den Umsatz gerechnet, nur ½ Prozent austrägt, und wir kämen dazu, daß wir diese Beiträge verdoppeln müßten, dann kämen wir immer erst insgesammt auf 1 Prozent des Wertes der verkauften Ware und Sie werden alle mir zugestehen, daß nur in beispiellos seltenen Fällen wegen 1 Prozent im Preise ein Geschäft scheitern wird. Zudem darf doch nicht vergessen werden, daß diejenigen Länder, mit denen wir im Weltmarkt in allererster Linie zu konkurrieren haben, d. h. England und Amerika, so erheblich höhere Arbeitslöhne bezahlen, daß durchaus nicht gefolgert werden kann, daß wir im Nachteil sind. Meine Herren, es darf nicht vergessen werden, daß die Beiträge, die wir für die soziale Gesetzgebung zahlen, entschieden gleichwertig sind mit einer Lohnerhöhung. Der englische, der amerikanische Arbeiter ist gezwungen — und tut es —, in eine Lebensversicherung einzutreten, um seine und seiner Familie Zukunft zu sichern. Die Beiträge, die er dazu jährlich nötig hat, muß er aus seinem Lohne nehmen, und wenn unsere Arbeiter die staatliche Versicherung nicht hätten, so würde der Drang nach höheren Löhnen, die privaten Versicherungsbeiträge zu schaffen, entschieden noch erheblich stärker sein, als er zurzeit ist. Deshalb bin ich der Meinung, daß — mal ehrlich von Arbeitgeber zu Arbeitgeber gesprochen — die Anlage in diesen Versicherungsbeiträgen durchaus keine schlechte ist. Man kann nicht behaupten, daß sie ein gewissermaßen noch auf den Lohn hinzugezahltes Geschenk sei; sondern die Auffassung eines Arbeiters wird immer dahingehen, daß er, weil er nun nicht nötig hat, durch Eintreten in eine private Versicherungsanstalt für seine und seiner Angehörigen Zukunft zu sorgen, sich damit begnügen kann, daß er seinen Lohn aufbraucht.“

Diese Darstellung ist eine durchschlagende Widerlegung der Behauptung, daß die Leistungen der Unternehmer für die Sozialgesetze ein Geschenk an die Arbeiter seien. Hier erklärt ein Großindustrieller ausdrücklich, daß infolge unserer Sozialgesetzgebung niedrigere Arbeitslöhne gezahlt werden können als wie sie in England und Amerika bezahlt werden müssen. Bei Wahlen werden die Summen angeführt, die die Industrie zur Arbeiterversicherung bezahlt, und hier stellt ein Großindustrieller fest, daß diese Belastung eine ganz minimale ist, daß sie nur ein halb Prozent vom Jahresumsatz ausmacht.

Soziales und Parteileben.

Aus der Praxis der Berufsgenossenschaften. Der Vorstand der Sächsischen Holz-Berufsgenossenschaft scheint an Größenwahn zu leiden. Anders kann man nach einer Karte, die er an den Bergarbeiterverband sandte, nicht schließen. Die Karte hat folgenden Wortlaut:

Dresden-N., den 8. Januar 1908.

Hierdurch ersuchen wir Sie um sofortige Mitteilung, ob der Arbeiter Karl Rauft in Frohberg anläßlich des Unfalls vom 20. September 1907 jetzt noch Krankengeld bezieht. Bejahendenfalls wollen Sie die Zahlung desselben sofort einstellen und Ihre Rechnung über vom Beginn der 14. Woche, dem 21. 12. 07 ab gehabte Verläge umgehend an uns einsenden.

Sächsische Holz-Berufsgenossenschaft.
Der Vorstand.
J. A.: (Name unleserlich.), Direktor.

Das ist also, schreibt die „Bergarbeiterzeitung“, die Praxis der Berufsgenossenschaften, überall schnüffelt man hinter den armen Verletzten her und sucht sie mit allen Mitteln zu schikanieren und ihre mehr als kümmerlichen Bezüge zu kürzen. Selbstverständlich blieb der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes die gebührende Antwort nicht schuldig. Sie lautet:

Bochum, den 11. Januar 1908.

An den
Vorstand der Sächsischen Holz-Berufsgenossenschaft
Dresden.

Auf Ihr Schreiben vom 8. d. Mts. teilen wir mit, daß uns eine Hilfskasse des Bergarbeiter-Verbandes unbekannt ist. Nun sollte man glauben, daß heutzutage doch bald jedem die Bestrebungen der freien Organisationen, sowie die rechtliche Stellung der Unterstützungseinrichtungen derselben bekannt sein müßten. Wie Ihr Schreiben jedoch beweist, ist das beim Vorstande der Sächsischen Holz-Berufsgenossenschaft nicht der Fall. Wir sehen uns daher veranlaßt, darauf zu verweisen, daß die Arbeiter-Organisationen und deren Unterstützungseinrichtungen nicht unter das Gesetz vom 7. April 1876 fallen.

Dadurch erübrigt sich ein weiteres Eingehen auf den Inhalt Ihres Schreibens, nur möchten wir uns den Kasernenhofton, den Sie gegen uns anzuschlagen belieben, verbeten haben.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Der Vorstand.
J. A.: Fritz Husemann.

Die Dreistigkeit der sächsischen Eisenbahnbureaukratie gegen Arbeiter übersteigt alle Grenzen. Das beweist ein Fall, der vor dem Dresdener Gewerbegericht zur Verhandlung kam. Es klagten zwei bei der Fuhrwerksgesellschaft Schiffner u. Co. beschäftigte Arbeiter auf Rückzahlung von 2,25 Mk. und 1 Mk., welche Beträge den Klägern vom Lohn als Strafgelder abgezogen worden waren! Das Interessanteste bei der ganzen Angelegenheit ist, daß die Strafen nicht vom Unternehmer, sondern von der sächsischen Eisenbahnverwaltung über die Arbeiter verhängt wurden. Das Verhältnis der Firma Schiffner u. Co. zur Eisenbahnverwaltung besteht darin, daß diese Frachtgüter für die letztere verladet. Ein Vertrag, welchen die Eisenbahnverwaltung mit der Firma abgeschlossen hat, enthält einen Passus, wonach die Eisenbahnverwaltung sich für berechtigt hält, die Arbeiter zu bestrafen. Die über Arbeiter verhängten Strafverfügungen wurden diesen amtlich zugestellt und durch die Firma eingetrieben. Im vorliegenden Falle sind die Arbeiter wegen Nichtausführens von Überstunden bestraft worden. Vom Bodenmeister der Bahnverwaltung wurde den Arbeitern bekannt gegeben: „Wer keine Überstunden macht, wird bestraft.“ Die Kläger machten keine Überstunden und erhielten dafür eine Strafe von je 1 Mk.! Bald darauf wurde bekannt gemacht: „Wer keine Überstunden macht, erhält eine höhere Strafe!“ Einer der Kläger machte wieder keine Überstunden und die Folge war 1,25 Mk. Strafe! vom Lohn abgezogen. Mehrere ebenfalls bestrafte Arbeiter unterwarfen sich den Strafverfügungen, während sich die beiden Kläger nicht der Strafe unterwarfen. Das Gewerbegericht verurteilte die Beklagte zur Rückzahlung der vom Lohn abgezogenen Strafgelder, indem es ausführt, daß die Eisenbahnverwaltung nicht befugt sei, die Arbeiter zu bestrafen, da diese Angestellte der Firma sind. Die Lohnabzüge sind daher unzulässig und zurückzuzahlen.

Hohe Gehälter für die oberen Beamten — Abfälle für die Arbeiter. Angesichts der Tatsache, daß die Staatsarbeiter in Bayern bei der Lohnaufbesserung nur ein Almosen und zum Teil gar nichts bekommen, griff unter ihnen eine starke Erbitterung Platz. Um den Staatsarbeitern zu beweisen, daß für sie sein Herz ganz besonders warm schlägt, veröffentlicht der bayerische Verkehrsminister nun eine spaltenlange Vorschrift, daß die Abfälle an Holz in den Staatsbetrieben in erster Linie an die schlechtest bezahlten — verkauft werden sollen. — Keine Lohnzulage, aber Abfälle. Staatliche Sozialpolitik!

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Aus der dem Reichstage jetzt vorgelegten Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften gelangten im Jahre 1906 zur Anmeldung nicht weniger als 645 543 Unfälle (gegen 609 160 im Jahre 1905). Die Unfallzahl ist also wiederum gewachsen. Die Armee derjenigen, für welche im Jahre 1906 zum ersten Male Entschädigungen gezahlt wurden, beläuft sich auf 139 726 (gegen 141 121 im Jahre 1905). Hierunter rechnen 9141 Tote (im Jahre 1905 betrug die Zahl der durch die Unfälle Getöteten 8928).

Eine Provokation Arbeitsloser. In der Stadtverordnetenversammlung zu Magdeburg kam es am Donnerstag zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen sozialdemokratischen und bürgerlichen Stadtverordneten. Unsere Genossen hatten gelegentlich der Generaldiskussion über den städtischen Etat einen Antrag eingebracht, Notstandsarbeiten

König Jakobs letzte Tage.

Ein historischer Roman von Theodor Mügge.
(3. Fortsetzung.)

„Wer war es?“ rief der König mehrmals, und plötzlich schienen seine Gedanken eine bestimmte Richtung zu nehmen. „Ha! Er — nicht wahr Er!“ sagte er heftig. „Der kluge weise Ratgeber im Haag, der Mann von Eis und Stein, der seine Fäden um England und um die Herzen meiner Kinder spinnt, der für meinen Sohn keinen Raum im Kirchengebet hat, dessen Diener London durchschleichen, Briefe bringen, mit Briefen gehen. Er hat es Dir eingeflüstert!“

„Mein königlicher Herr und Vater,“ sagte die Prinzessin sich aufrichtend, „wer konnte es wagen, Dein Ohr mit solchen schwarzen Einflüsterungen zu füllen? Liebe und Treue haben mir eingegeben, was aus zu großer Besorgnis für Dein Wohl gegen meinen Willen auf meinen Lippen laut wurde.

„Ei Närrchen!“ sprach der König, der ihre Tränen stillte und sie küßte, denn eben so schnell wie Zorn und Verdacht ihn überkommen, waren sie wieder verronnen. „Ich höre so leicht auf kein Geschwätz und kenne meine Kinder; aber besorge nichts von den finsteren Gesichtern. Draußen im Lager habe ich zwölf Bataillone und vierzig Schwadronen nebst eben so vielen Kanonen beisammen, die auch ihre Gesichter machen und eine Sprache sprechen, vor der die Gesichter der guten Bürger sich wohl erheitern werden. Auch liegen auf der Themse ein paar Dutzend Schiffe, mit meinen Matrosen besetzt, die ihren alten Admiral nicht im Stich lassen werden. Fürchte Dich also nicht, und um Dir das Herz froh zu machen, begleite mich und sieh selbst, was es heißt, von Treue und Liebe empfangen zu werden.“

„Ja, die Soldaten,“ sagte Anna lächelnd seine Hände küssend, „sind meinem teuren Vater ganz ergeben.“

„Nun also,“ rief Jakob zufrieden, „was willst Du mehr? — Wer das Schwert hat, hat die Macht! Mein getreues tapferes Heer wird für Ruhe und Ordnung sorgen und die finsteren Gesichter zum Lachen oder Weinen bringen, wie es eben sein muß. — Ha! diese treulosen Generalstaaten, welche mir meine sechs Regimenter vorenthalten und sie verführt haben, gegen meinen Willen zu bleiben. Wie viele Offiziere sind zurückgekommen, Sunderland?“

„Im ganzen 36 und 22 Gemeine,“ sagte der Lord. „Man hat jede mögliche Verlockung angewandt, sie zum Ungehorsam zu verleiten.“

„Da siehst Du ein Stückchen von unserem geliebten Schwiegersohn im Haag, der alle meine Gegner und Feinde um sich sammelt,“ fuhr der König fort. „Wahrlich, wenn ich nicht wüßte, daß er mir nicht schaden könnte, ich sollte das Böseste von ihm glauben.“

„Wo ist Dein Gemahl?“ fragte er, als alles schwieg. „Wo ist unser geliebter Sohn, Prinz Est-il-possible?“

„Ich habe ihn seit einigen Tagen nicht gesehen,“ versetzte die Prinzessin mit abwehrender Gleichgültigkeit.

„So laßt uns gehen,“ sagte der König. „Der Morgen ist schön, ein königlicher Tag kommt, meine Garden erwarten mich. Meine Generale sind im großen Saale versammelt, auch Churchill ist da!“ — Er lächelte seiner Tochter zu, Lord Sunderland öffnete die Tür. Der König war in der heitersten Stimmung.

Als die Schritte des Königs draußen nicht mehr gehört wurden, richteten sich die drei Minister aus ihren ehrfurchtsvoll gebeugten Stellungen auf und sahen sich lächelnd an.

„Se. Majestät ist heut sehr gnädig,“ sagte der Kanzler.

„Sehr wohlgelaunt!“ bemerkte Lord Sunderland.

„Sehr aufrichtig!“ fügte der Jesuit hinzu.

„Warnt ihn, Sir Eduard, haltet ihn auf,“ sprach der Staatssekretär eindringlich. „Laßt nichts geschehen, was er bereuen und zurücknehmen müßte.“

„Die Gnade Gottes erleuchtet, was Se. Majestät tut,“ erwiderte Petre.

„Bah!“ rief der Lord, „ich zweifle nicht daran, aber dennoch kann ein Mißverständnis stattfinden. — Der König scheint seinen Soldaten mehr als seinen Ratgebern zu vertrauen. Mögen jene das letzte Mittel sein! aber er irrt sich, wenn er glaubt, daß die Schwerter alles vermögen.“

„Sie vermögen wenigstens sehr viel,“ sagte Petre lächelnd. „Wenn man die Geschichte der Völker studiert, sieht man, wie die Macht der Kaiser und Könige lange Jahrhunderte hindurch getragen und gehalten wurde durch die Speere und Schwerter ihrer Legionen.“

„Aber vergeßt nicht,“ fiel Sunderland ein, „wie häufig diese Soldaten auch Kaiser und Könige entthronten, wie diese Spielwerke wurden in den Händen ihrer Prätorianer. Denkt, daß Könige, die ihren Thron den Schwertern danken, auch nur Soldaten zu Genossen und Räten bedürfen. Denkt an Cromwell, an Fairfax, an Monk! Denkt an das Ende, Sir Eduard!“ setzte er leiser hinzu.

„Und denkt an Rom, teurer Freund,“ sprach der Kanzler. „Herrscht Rom mit Schwertern jetzt, seit einem Jahrtausend beinahe, über die Welt? Es herrscht mit einer großen Idee, welche die Menschheit begeistert und in den Kampf treibt. Seine Lehren über ewige Wahrheit und Recht sind zu Legionen geworden; es darf mit dem Fuß auf den Boden stampfen, und sie wachsen überall hervor. So muß man die Menschen erziehen. Man kann der halben Welt die Köpfe abschlagen, die andere Hälfte aber muß überzeugt sein, daß es mit allem Recht geschieht. Immer nur Rechtsgründe, immer Beweise! Nie etwas, was alle beleidigt; nie das Äußerste, so lange es nicht sein muß, und keine rohe Soldatengewalt ohne Rechtsunterlage und Richterbegleitung. Die Richter, die Gesetze, die Prozesse und Urteile, das sind die rechten Mittel; die Schwerter müssen nur das gute Recht schützen und seine Ausübung sichern.“

In dem Augenblick trat ein Herr herein, der die letzten Erklärungen des Kanzlers an der Tür mit anhörte und dann in französischer Sprache sagte: „Vortrefflich und weise doziert, gelehrter Herr Kanzler, aber haltet die Schwerter geschliffen und versäumt nichts, denn wahrlich, es ist nötig, jede Stunde bereit zu sein.“

Es war der französische Gesandte Barillon, das treueste und eifrigste Werkzeug seines Herrn, Ludwig des Vierzehnten, seit einer Reihe von Jahren der geschickte Unterhändler in London, der alle die schmachvollen Jahrgelder und Subsidien an Karl den Zweiten und an Jakob, wie an die Günstlinge, Hofleute und Minister der letzten Stuarts zahlte. Klein und behend von Körpern, war Barillon eben so groß als Hofmann, wie als Diplomat. — Sein Einfluß unter Karl dem Zweiten verschaffte ihm den Namen des Regenten von England; Jakob, voll Eigensinn und größerer Herrschgier, suchte sich von ihm frei zu machen und fiel doch immer wieder unter seine Botmäßigkeit zurück. Denn man brauchte französisches Geld, und Barillon hielt die Taschen zu, bis er hatte, was er wollte.

vornehmen zu lassen und den Magistrat zu ersuchen, zur Anbahnung einer dauernden Bekämpfung der durch Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not über die bisherigen Erfahrungen auf dem Gebiete der kommunalen Arbeitslosenversicherung Mitteilung zu machen. Die Zuhörertribünen waren überfüllt größtenteils durch Arbeitslose, die wohl von dem Antrag Kenntnis erhalten hatten, obwohl er vorher nicht bekannt gegeben war. Genosse Beims begründete in sachlicher Weise den Antrag. Nach ihm sprach dann der nationalliberale Justizrat Stern, der geradezu unerhörte Angriffe gegen die Arbeiter richtete. Er erklärte sich zwar mit der Vornahme der Notstandsarbeiten einverstanden, wollte aber die Arbeitslosen dabei ausgenommen wissen, die nicht arbeiten wollten, nicht könnten, Saisonarbeiter seien und daher in Zeiten der Arbeit weise Sparsamkeit üben müßten und solche, die durch unsinnige Streiks Arbeitsgelegenheit von sich gewiesen hätten. Die vom Genossen Beims gerügte Bevorzugung ausländischer Arbeiter hielt er für gerechtfertigt, da diese gewandter und bescheidener seien als die deutschen. Daß diese provokatorischen Ausführungen auf der Tribüne mit lebhaftem Protest aufgenommen wurden, lag auf der Hand. Der Vorsitzende drohte mit Räumung der Tribünen und führte diese auch aus, als sich die Protestrufe wiederholten — wiederholen mußten — bei den Ausführungen des Mittelständlers Brüggemann, der den Justizrat Stern noch zu übertrumpfen suchte und sich in Beleidigungen der Arbeiter und ihrer Führer erging. Magistratsbeamte und ein Schutzmann mußten die Tribünen räumen, was sich seit Jahrzehnten nicht ereignete. Nach wieder eröffneter Sitzung setzte Justizrat Stern seine Angriffe fort. Er behauptete, es läge Methode in den Demonstrationen (die doch von ihm hervorgerufen waren!) und erklärte, nötigenfalls werde solchen Demonstrationen mit den äußersten Gewaltmitteln entgegengetreten werden. Als Genosse Beims diese Scharfmachereien zurückwies und namens der sozialdemokratischen Stadtverordneten ehrenwörtlich versicherte, daß niemand von ihnen eine Ahnung von einem so starken Besuch der Tribünen durch Arbeitslose gehabt habe, erscholl in den Reihen der Bürgerlichen Gelächter! Beims sprach den Stadtverordneten, die so sein Ehrenwort anzweifelten, jeden Anstand ab, wofür er einen Ordnungsruf erhielt. Trotzdem wiederholte Justizrat Stern indirekt die Anzweiflung der ehrenwörtlichen Versicherung und der Stadtverordnete Kratzenstein nannte sie eine Farce. Der Vorsitzende erteilte auch dem letzteren einen Ordnungsruf, kam aber nicht dem Verlangen Beims nach, auch das Gelächter gebührend zurückzuweisen. Mit Recht betonte Genosse Landsberg zum Schluß, daß man die Bürgerlichen an ihr Verhalten würde erinnern können, wenn sie einmal wieder den Sozialdemokraten Mangel an Anstand vorwerfen würden. — Die Provokationen des Justizrats Stern werden Gegenstand einer Versammlung der Arbeitslosen sein, die am Dienstag vormittag stattfinden soll. Sie werden dem nationalliberalen Scharfmacher die Antwort nicht schuldig bleiben. — Der Notstandsantrag unserer Genossen wurde dem Magistrat zur Erwägung und Rückäußerung überwiesen.

Genossen als Reichsverbändler. Es gehört zu den neuesten Tricks der Liebert-Garde, zu behaupten, daß „führende Genossen" sich zur Mitgliedschaft beim Reichsverband gemeldet und die Zahlung nicht nur eines Jahresbeitrags, sondern auch einer besonderen „Spende" zugesichert hätten. Als kürzlich die Schauernachrichten über den „Waffenfund" im Hause des Genossen Kersin in Berlin durch die Blätter gingen, war bald auch der Reichsverband da mit der Behauptung, daß Kersin sich bei ihm als Mitglied schriftlich gemeldet und sich zur Beitragsleistung verpflichtet habe. Daß aber Kersin die Zahlung des Beitrags verweigert und die Beitrittserklärung als eine Fälschung bezeichnet hatte, wurde vom Reichsverband sorglich verschwiegen. Ein ganz ähnliches Manöver hat man mit dem früheren Abgeordneten Genossen Sperka in Stuttgart versucht. Dieser erhielt im November v. J. eine Aufforderung, den „versprochenen" Beitrag von 20 Mark zu entrichten. Da Sperka nicht antwortete, kam wirklich im Dezember eine Nachnahmesendung, deren Annahme aber verweigert wurde. Nun traf nach kurzer Frist beim Genossen Sperka folgendes Schreiben ein:

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.
Hauptstelle Berlin.
SW. 11, Dessauer Straße 30, den 17. Dezember 1907.

Herrn Fabrikant Karl Sperka,
Hochwohlgeboren,
Stuttgart.

Sehr geehrter Herr!

Zu unserm Erstaunen erhalten wir die Ihnen übersandte Nachnahmesendung mit dem Vermerk „Annahme verweigert" zurück und geben unserm Bedauern darüber Ausdruck, daß Sie, wie es scheint, beabsichtigen, aus dem Reichsverband auszutreten. Wir sind, da die Sozialdemokratie nach ihrer bei den letzten Reichstagswahlen erlittenen Niederlage unerhörte Anstrengungen macht, um die Scharte wieder auszuwetzen, mehr denn je auf die moralische und pekuniäre Beihilfe aller zu unserm deutschen Vaterland haltenden Kreise angewiesen. Wir erlauben uns daher, auch an Sie die ergebene Bitte zu richten, dem Reichsverband auch weiterhin treu zu bleiben, wobei wir darauf hinweisen möchten, daß Sie die Güte hatten, sich durch Ihre uns übersandte Beitrittserklärung zu einem Jahresbeitrag für die Jahre 1907 bis 1912 zu verpflichten. Wir fügen die Originalbeitrittserklärung mit der Bitte, um deren Rückgabe bei und zeichnen, Ihrer baldigen Rückäußerung gern gewärtig, in vorzüglicher Hochachtung!

Die Hauptstelle
des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.
Dr. Bovenschen.

Wirklich lag die „Originalbeitrittserklärung" bei, ordnungsgemäß unterschrieben mit „Karl Sperka, Fabrikant, Stuttgart". Es war also alles in schönster Ordnung, bis auf die „Kleinigkeit", daß — die Unterschrift gefälscht war.

So also werden Sozialdemokraten zu Mitgliedern des Reichsverbandes gestempelt! Daß die Fälschungen systematisch ausgeübt werden, wird durch die Häufigkeit derselben in den verschiedensten Gegenden des Reiches bewiesen. Zu welchem Zweck von den Reichsverbandsleuten der Schwindel verübt wird, ist klar, wenn man beobachtet, wie von den Kostgängern des Reichsverbandes mit den groben Fälschungen operiert wird. Die Arbeiterschaft soll mit Mißtrauen gegen ihre Vorkämpfer erfüllt, das Parteileben vergiftet werden! Dazu sind die Fälschungen verübt worden, darum hält auch diese Presse an dem Schwindel unverbrüchlich fest.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 20. Januar 1908.

84. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg.

Die erste Beratung des Viehseuchengesetzes wird fortgesetzt.

Scheideman (SD.): Für uns handelt es sich bei diesem Gesetze um die höchst wichtige Frage der Volksernährung. Ein gesunder Viehstand ist allerdings von ungeheurer Wichtigkeit für die Volksernährung. Wir erkennen gern an, daß in dem vorliegenden Gesetz eine Anzahl sehr wertvoller, durchaus modernen Anforderungen entsprechender Bestimmungen enthalten sind, aber daneben finden sich Bestimmungen, die durchaus auf agrarische Liebesgaben herauslaufen. Keiner der Redner, die vor mir sprachen, ist hierauf eingegangen. Zudem befindet sich in dem Gesetz ein Passus, der eine geradezu gemeingefährliche Ergänzung des Reichsvereinsgesetzes vorstellt. (Hört, hört! bei den Soz.) Durchaus einverstanden sind wir damit, daß das Gesetz auf Hunde, Katzen und Geflügel ausgedehnt wird. Bedenklicher schon ist die Ausdehnung des Kreises der Seuchen, die unter das Gesetz fallen. Praktische Landwirte erklären es für recht bedenklich, daß alle Schweinekrankheiten angemeldet werden sollen. Die Schweinepest ist schwer erkennbar, desgleichen die Rindviehtuberkulose. Zuzugeben ist, daß die letztgenannte Krankheit z. B. in Sachsen einen unheimlich hohen Grad erreicht hat. Der Abg. Lehmann konnte es nicht unterlassen, an der dänischen Landwirtschaft herumzunörgeln. Da ist es denn interessant, daß ausgerechnet an demselben Tage der preußische Landwirtschaftsminister in einem Rundschreiben an die Landwirtschaftskammern den hohen Stand der dänischen Agrikultur und Viehzucht rühmte und den deutschen Landwirten empfahl, in Dänemark landwirtschaftliche Studien zu treiben. (Vielfaches Hört, hört! b. d. Soz. Unruhe rechts.) Übrigens wundere ich mich sehr, daß die Herren von der Rechten ihre Schwärmerei für den Befähigungsnachweis noch nicht auf die Landwirte ausgedehnt haben. (Sehr gut! links). Es ist doch bekannt, daß viele Großgrundbesitzer ihre landwirtschaftlichen Kenntnisse sich in Kavallerieregimentern erwerben. (Lärm rechts.) Die Vorlage hebt hervor, daß die Unterdrückung der Rindviehtuberkulose durch das eigene Einschreiten der Viehzüchter möglich wäre, wenn diese der Seuche so entgegenträten, wie sie könnten und müßten. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner heißt es, es sei nicht genug Geld für genügend Tierärzte da. Aber für Kriegsschiffe ist immer Geld da. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Gegen das Wort „Seuchenverdacht" hat der Abg. Lehmann ja einen furchtbaren Groll. Er meinte, wer dies Wort geprägt habe, müsse gehängt werden. Ich weiß nicht, ob das auf nationalliberale Grausamkeit, oder auf sächsische Gemütlichkeit zurückzuführen ist. (Gr. Htkt.) gebe ihm aber in der Sache recht. — Unannehmbar ist für uns der § 9 des Gesetzes, der die Anmeldepflicht auch für die Angestellten festsetzt. — Schon Herr Lehmann hat mit Recht über die vielen komplizierten Polizeimaßregeln geklagt, die die Vorlage enthält. Die gegen die Abwässer aus Gerbereien vorgeschlagenen Maßnahmen finden unseren Beifall. — Die §§ 19 und 44 greifen in das Vereinsrecht ein. Sie schränken auch den Personenverkehr in verseuchten Orten oder Räumlichkeiten ein. Die Begründung, die den Bestimmungen dieser Paragraphen in den Motiven gegeben wird, ist derart, daß die Landbürgermeister auf Grund dieser Gesetzesbestimmungen jede Versammlung verbieten können. (Unruhe rechts. Zust. b. d. Soz.) Die Maul- und Klauenseuche ist ja schon oft benutzt worden, um mißliebige Versammlungen zu verhindern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Für Entschädigungen sind wir auch, wir wünschen aber eine obligatorische Zwangsversicherung. Höchst bedenklich sind die Paragraphen, die von den Maßnahmen gegenüber dem Auslande handeln. Die Fassung ist so, daß damit die ganze Einfuhr lahm gelegt und damit eine erneute ungeheure Erhöhung der Lebensmittelpreise herbeigeführt werden kann. Namentlich, fürchte ich, wird mit dem Begriff „giftsaugender Gegenstand" unheilvoll operiert werden. Die Agrarier werden es nicht unterlassen, zu versuchen, die ganze Butter- und Eier-Einfuhr nach Deutschland zu verbieten. (Präsident Graf Stolberg unterbricht plötzlich den Redner, und schreit in den Saal: „Ich bitte, die Saaltüren zu schließen.") (Gr. Heiterkeit.) Auch die Einfuhr von Häuten und Fellen wird man erschweren und nicht lange wird es dauern, bis der den Agrariern so unangenehmen Hühner- und Gänseeinfuhr aus Rußland das letzte Stündlein schlägt. Wie mancher Staatsanwalt sagt: „Was man nicht definieren kann, sieht man als groben Unfug an" (Htkt.), so werden die Agrarier sagen: „Was man sonst nicht absperren kann, spricht man als giftsaugenden Gegenstand an." (Gr. Htkt) Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetze sollen den Einzelstaaten überlassen werden. Wir hätten dagegen nichts, wenn alle Bundesstaaten eine wirkliche Volksvertretung hätten. Aber der preußische Landtag ist nur die verrückte Karikatur einer Volksvertretung. (Stürm. Beifall bei den Soz., andauernder lauter Lärm rechts. Präsident Graf Stolberg, von einem Schriftführer aufmerksam gemacht, merkt endlich, was los ist, und schwingt die Klingel.)

Präsident Graf Stolberg: Ich dulde nicht, daß Sie den preußischen Landtag die Karikatur einer Volksvertretung nennen. (Lebh. Widerspr. b. d. Soz.) und rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Scheidemann (fortfahrend): Wir werden an dem Gesetze mitarbeiten und können ihm zustimmen, unter der Bedingung, daß nicht neue Liebesgaben für die schlimmsten Bauernfeinde, die preußischen Junker, eingeschmuggelt werden. (Lachen und Unruhe rechts.) Dringender, als Maßnahmen gegen die Viehseuche, sind Maßnahmen gegen die preußischen Junker und das beste Schutzmittel der Bauern gegen die Junker ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht. (Stürm. Beif. b. d. Soz., Unruhe und lautes Lachen rechts, Zurufe rechts: Viehseuche, Viehseuche!)

Dr. Höffel (Rp): Sperrmaßregeln werden nur aus sanitären Gründen vorgenommen, nicht um die Preise zu steigern. Herr Scheidemann sollte den Arbeitslosen, bei denen er morgen sprechen wird, den Rat geben, aufs Land zu gehen. Dort finden sie Arbeit. (Bravo! rechts, Lachen b. d. Soz.)

Dr. Mugdan (Fr. Vpt.): Die Sperrmaßregeln dürfen nicht unbedingt verworfen werden; manchmal sind sie sanitär durchaus begründet. So oft sie freilich zu agrarischen Maßnahmen entarten, müssen sie bekämpft werden. Es mißfällt mir, daß in dem vorliegenden Gesetze wieder der Polizei so weitgehende Befugnisse eingeräumt werden. Wir sind bereit, in der Kommission an der Verbesserung der Vorlage, deren Grundzüge wir billigen, mitzuarbeiten. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Alle Parteien sind nach den Ausführungen der Fraktionsredner bereit, an dem Gesetz mitzuarbeiten. Auch bei Herrn Scheidemann waren die Ausfälle auf Junker- und preußisches Landtagswahlrecht wohl nur Ranken, die seine grundsätzliche Zustimmung zu dem Gesetze verhüllen sollten. — Die Regierung hat nicht gern scharfe Maßregeln vorgeschlagen, aber Unbequemlichkeiten für den einzelnen sind immer noch besser, als die Gefahr der Seuchenverbreitung. Die Abwehr vone

---

„Wo ist der König?" fragte der Gesandte, sich an Petre wendend. „Ich habe Se. Majestät um Gehör zu bitten."

„Der König ist im Lager," erwiderte der Jesuit.

„So muß ich ihn dort aufsuchen," fuhr Barillon fort. „Das Lager ist der rechte Platz für meine Neuigkeit."

„Ist sie von so kriegerischer Bedeutung?" fragte der Staatssekretär.

„Meine Herren," erwiderte der Gesandte lächelnd, „sie ist so kriegerisch und so bedeutend, daß jeder Engländer sein Schwert umschnallen sollte, sobald er sie hört. — Aber wie befindet sich Se. Majestät?"

„Im bestem Wohlsein!" sagte Petre.

„Aufgeregt durch die drängenden Ereignisse," fügte Sunderland hinzu.

„Der Prozeß der Bischöfe!" rief Barillon. „Die Straßen Londons sind mit Menschenmassen angefüllt. — Was will der König im Lager? — Sollte er die Absicht haben, im Fall diese widerspenstigen Priester freigesprochen werden, Gewalt anzuwenden? — Ich widerrate es durchaus. Es ist keine Zeit zum Durchführen des königlichen Willens. Dieser ganze Prozeß war gefährlich, und jetzt ist nichts Besseres zu wünschen, als eine Verurteilung, der ein Akt der Gnade und Milde folgt."

Sunderland schüttelte leise den Kopf, der Jesuit richtete düster den Blick zu Boden.

„Gewiß! ganz gewiß!" fuhr der Gesandte fort, und indem er dicht an Petre und die Minister herantrat, sagte er mit bedeutungsvoller, langsamer Deutlichkeit: „Bei Nymwegen werden 10 000 Mann zu Fuß und 4000 Reiter in aller Stille gesammelt, eine niederländische Flotte von 60 Kriegsschiffen wird im Texel zusammengezogen. — Mein Herr, der König, weiß genau, wem dies gilt. Die Niederlande haben überall Frieden, aber in allen Städten Hollands wimmelt es von flüchtigen Engländern, und wie es hier und in Schottland steht, darf ich Ihnen, meine Herren, nicht ausmalen. — Hütet Euch alle, der Teufel ist los! Ist es da Zeit, Bischöfe zu hängen? — Seht Euch London an, jede Unbesonnenheit kann schreckliche Folgen haben."

„Wenn die Bischöfe freigesprochen werden," sagte der Staatssekretär — „was soll der König tun?"

„Gute Miene zum bösen Spiel machen," versetzte Barillon, leicht die Schultern zuckend, „und — sie morgen zur Tafel einladen."

„Unmöglich!" murmelte Sunderland mit einem geheimen Blick des Hasses auf Petre. — „Ich fürchte weit eher, daß er alles wagt."

„Begleiten Sie mich, Lord Staatssekretär," sagte der Gesandte rasch und laut. „Mein Wagen hält unten, ich muß den König sprechen. Nehmen wir Teil an der Parade, es wird gut sein, daß wir nicht fehlen."

Und ohne eine Antwort abzuwarten, zog er Sunderland am Arm fort. Petre erwiderte seinen flüchtigen Gruß mit einem tiefen Neigen des Kopfes, dann aber wandte er sich zu Jeffreys und sagte mit ausbrechender Erbitterung: „Dieser anmaßende Franzose soll sich dennoch betrogen haben, wenn er meint, die Tage kehrten wieder, wo er hier befehlen konnte!"

Barillons Wagen eilte inzwischen rasch dem Lager zu, und bald sah man dies mit seinen langen Reihen grüner Hütten, seinen Redouten und Schanzen in den Ebenen sich ausbreiten. Trompeten erschallten, ein kriegerischer Marsch begleitete die Reitergeschwader, welche in geschlossenen Massen sich hin und her bewegten, während die Sonnenstrahlen von den Brustpanzern und Helmen der Dragoner abprallten. Der König hielt auf einem kleinen Hügel und sah dem glänzenden Schauspiele zu. Eine große Zahl Generale und Obersten war um ihn versammelt. Alle die vielen Tausende in Gefahren, Schlachten und Siegen gereiften Männer folgten den leisesten Winken ihrer Führer, und diese standen ehrerbietig um den König, bei jedem gnädigen Wort sich beugend, um voll Eifer ihm zu gefallen.

Eine lange Reihe von Gedanken schien durch Jakobs Brust zu gehen, endlich aber in der Frage sich aufzulösen, die er an den Befehlshaber der Gardereiter, an Lord Feversham richtete.

„Die Ausrüstung ist trefflich," sagte er, „und meint Ihr nicht, daß ich in allen Gefahren auf dies Heer mich verlassen kann?"

„Majestät," erwiderte der Lord, „es sind lauter alte Soldaten, die keinem Feinde weichen werden, und wäre er ihnen an Zahl doppelt und dreifach überlegen."

„Ich kenne sie," sprach Jakob rasch, „und weiß, was sie wert sind — ich befinde mich nie wohler, als wenn ich mitten unter ihnen bin. Meine Feinde sind ihre Feinde, mein Wille ihr Gesetz."

„Unser Blut und Leben gehört unserem königlichen Herrn und Gebieter," sagte einer der Generale, auf welchen Jakob sein Auge richtete.

„Churchill!" rief der König, den großen schönen Mann näher winkend. „Hast Du eine Bitte, so sprich, ich will sie erfüllen."

„Ich habe keine Bitte, gnädigster Herr", erwiderte General Churchill; „doch möge die Huld meines Königs mir und den Meinen nie getrübt werden!"

Jakob lächelte, und einige der Umstehenden blickten sich bedeutungsvoll an. Sie wußten alle, daß der König mit der Schwester des Generals einen anstößigen Liebeshandel gepflogen, aber das verstohlene Flüstern und spöttische Lächeln ward stärker, als Jakob huldvoll sagte: „Deine Familie hat sich um mein Haus vielfach verdient gemacht, Baron. Meine Huld soll Dir nie fehlen. Wende allen Deinen Fleiß und Deinen Einfluß an, um für mich zu wirken, wo Du es vermagst."

In diesem Augenblick hörte man im Lager der Infanterie einen dumpfen Lärm, der von weither zu kommen schien und immer heftiger und stärker, wie Meeresbrausen, sich fortwälzte. Man sah Menschen laufen und schreien, ein paar Reiter jagten über das Feld und schwangen ihre Hüte.

„Was gibt es da?" rief der König dem Lord Feversham entgegen, der zur Seite geritten war und sich nach der Ursache des Jubels erkundigt hatte.

„Es ist nichts", erwiderte der Lord zurückkehrend. „Die Soldaten freuen sich, die Bischöfe sind freigesprochen!"

„Und das nennt Ihr nichts?" sprach Jakob erbleichend. „Das dünkt Euch nichts?" wiederholte er, die Hand krampfhaft zusammenballend.

Die Gesichtszüge des Königs hatten sich verändert, alle Freundlichkeit und Gnade waren daraus entwichen. Die gelbe hohe Stirn färbte sich mit einem Blutschimmer, die Adern, welche sie durchkreuzten, schwollen dick auf, seine Augen erhielten den rachsüchtigen, bösen Glanz, aus welchem so oft schon unheilsvolle, grausame Beschlüsse gesprüht hatten. Und während er mit zusammengebissenen Lippen stand und forschende Blicke auf seine Generale warf, vermehrte sich das Jubelgeschrei im Lager. Die Hurras brausten durch die Luft, und plötzlich wurden auch die Reiter davon angesteckt. Von Schwadron zu Schwadron ging der Freudenruf. Die Schwerter funkelten im Sonnenschein über den Köpfen; Menschenströme wälzten sich aus der Stadt über die Felder, Weiber, Greise und Kinder, die von fern ihre Tücher und Hüter schwangen und in die Reihen der Soldaten sich mischten.

(Fortsetzung folgt.)

Seuchen aus dem Auslande muß mit besonderer Energie betrieben werden: die Anwendung der betreffenden Bestimmungen soll sich aber immer innerhalb der Grenzen des hygienisch Gebotenen halten. Über die Fassung des einschlägigen § 6 können wir uns ja in der Kommission noch näher unterhalten. — Die Entschädigungsfrage bleibt besser der Landesgesetzgebung überlassen; ebenso die Beseitigung der Abdeckerei-Privilegien. So weit aber die Abdeckerei unter Reichsrecht fällt, ist vom Reichsgesundheitsamt eine Vorlage über diese Materie ausgearbeitet, die dem Reichstage alsbald zugehen wird.

Bindewald (Ant.) schilt auf Scheidemann, wünscht drakonische Sperrmaßregeln gegen das Ausland und Aufnahme der Faulbrut der Bienen in das Gesetz.

v. Saß-Jaworski (Pole) warnt vor zu weitgehenden Polizeibefugnissen.

Vogt (Crailsheim (Wirt. Vgg.) bleibt auf der Tribüne unverständlich.

Gothein (Fr. Vgg.): Unnütze Plackereien müssen unter allen Umständen vermieden werden. Das Versprechen des Reichskanzlers, die Grenzsperrungen einheitlich und reichsgesetzlich zu regeln, wird in der Vorlage nicht erfüllt, welche die Befugnisse der Grenzsperre den Einzelstaaten überläßt. Die Kautschuk-Bestimmungen des Gesetzes geben zu schweren Bedenken Anlaß, zumal ja in Preußen vor der Polizei die Ruhe als die erste Bürgerpflicht angesehen wird. Hoffentlich gelingt der Kommission die Entfernung der vegatorischen Sperrmaßregeln. (Bravo! b. d. Fr. Vgg.)

Dr. Ricklin (Els.) ist mit dem Gesetzentwurf im allgemeinen einverstanden.

Wehl (NL.) bittet, bei der Kommissionsberatung die Interessen der Gerbereien nicht ganz unberücksichtigt zu lassen.

Die Diskussion wird geschlossen und der Gesetzentwurf einer 28gliedrigen Kommission überwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr.

Tagesordnung: Erste Lesung des Telefunkengesetzes. Zweite Lesung der Majestätsbeleidigungsvorlage.

Schluß 6½ Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 20. Januar 1908.

Der erste Stellvertreter des Wortführers, Jenne, eröffnete die Sitzung um 6¼ Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung sucht

Brecht die in der letzten Sitzung kritisierte Tarifpolitik der Lübeck-Büchener Bahn zu rechtfertigen.

Es folgt nunmehr die Fortsetzung der Beratung über den Antrag: Verkauf eines Fabrikplatzes in der Nähe der neuen Gasanstalt an die Firma Heinrich Diestel zu Lübeck.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Senator Rabe bemerkt, daß das Hinterland, welches hinter dem an die Firma Diestel verkauften Grundstück liegt, durch den Verkauf des Areals an Diestel durchaus nicht entwertet ist. Dies solle konstatiert sein, weil Interessenten sich mit Vorliebe auf die Verhandlungen der Bürgerschaft beziehen.

Kahns zieht sein zum angenommenen Senatsantrag gestelltes Ersuchen zurück.

Nunmehr gelangt zur Beratung die Senatsvorlage betr. die Bebauung von Marli und Bau eines neuen Hauptsieles.

Stelling beantragt in Anbetracht der Höhe der mit dem Senatsantrage verbundenen Kosten Kommissionsberatung, zumal sich die Fachleute über die Notwendigkeit des beabsichtigten Sielbaues nicht einig sind.

Senator H. Evers hält die kommissarische Beratung nicht für notwendig.

Thiele weist auf die verbesserungsbedürftigen Sielverhältnisse in der Gertrudenstraße hin.

Scharff ersucht den Senat, über die Wirkungen der Hochflut auf die Fahrrinne und die Buhne in einer späteren Sitzung Auskunft zu geben.

Senator H. Evers: Es steht dem nichts entgegen.

Der Antrag auf Kommissionsberatung wird abgelehnt; die Senatsvorlage angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Verbesserung der Sielverhältnisse in der Vorstadt St. Lorenz-Süd.

Böger weist auf die mißlichen Verhältnisse des Stadtgrabens hin, die dringend einer Verbesserung bedürftig sind. Die Erbauung einer Kläranlage ist notwendig. Nehmen Sie deshalb den Senatsantrag an und folgen Sie nicht den Vorschlägen der Kommission, die nur 26 000 Mk. für den Sielbau bewilligen will.

Buchwald bemängelt, daß der Vorsitzende der Kommission nachträglich Anträge gestellt hat, ohne sie zu begründen oder im Kommissionsbericht zu erwähnen.

Schorer verteidigt den Standpunkt der Kommission. Die Versuchsklärungen sind für Lübeck nicht zu empfehlen. Will man etwas für die Badenden in St. Lorenz tun, so mag man den Arm, an welchem die Badeanstalt liegt, mit einem Schott versehen und im Sommer frisches Wasser hineinpumpen.

Mühsam hält die Sache für wenig geklärt und beantragt, die Vorlage nochmals an eine Kommission zu verweisen.

Wissell: Wir stimmen, wie bereits gesagt, der Senatsvorlage zu. Der Senat ist einem Ersuchen der Bürgerschaft vom Jahre 1905 gefolgt, welches dahin ging, eine Kläranlage zu schaffen. Dadurch, daß in den Stadtgraben weitere Siele einmünden sollen, wird das Wasser noch mehr verunreinigt. Man könne niemand zumuten, in dieser Kloake noch zu baden. Man soll ferner beabsichtigen, das Wasser des Kanals zu Kühlungszwecken auf der Gasanstalt zu verwenden; dadurch würden schwere Schäden für die Gesundheit der dort beschäftigten Arbeiter entstehen. Eine nochmalige kommissarische Prüfung der Senatsvorlage sei zu empfehlen.

Senator H. Evers will als Senatskommissar nicht gegen die Vorschläge der Kommission sprechen, obwohl die von anderer Seite geäußerten Monituren nicht ganz unberechtigt sind. Die Verhältnisse des Stadtgrabens sind nicht einwandsfrei; Herr Wissell hat in mancher Weise übertrieben.

P. Pape: Die Kommissionsberatung hat lange gedauert, aber das Resultat der Beratungen ist kein gutes. Die Kommission ist nur für den Bau des Sieles, lehnt jedoch die Kläranlage ab. Für Travemünde, das doch direkt an der Mündung der Trave in die See liegt, hat man eine Kläranlage als notwendig erachtet, für Lübeck nicht. Das ist doch ein seltsamer Standpunkt. Wenn erst der Bebauungsplan für St. Lorenz-Süd zur Ausführung gelangt ist, so werden auch die Abwässer von weiteren vielen Tausenden von Menschen in den Stadtgraben gelangen und die Wasserverhältnisse desselben verschlechtern. Im Interesse der Volksgesundheit liegt die Annahme des Senatsantrages; gegen eine nochmalige kommissarische Prüfung will ich nichts einwenden.

Dr. Ziel fragt an, ob Mühsam die Vorlage an eine neue Kommission verweisen will oder an die alte Kommission. Es ist ganz unbedenklich Abwässer in Flüsse zu leiten, aus denen kein Trinkwasser entnommen wird.

Mühsam ändert seinen Antrag dahin ab, die Vorlage an dieselbe Kommission, welche sie bereits beraten hat, zu verweisen und dieselbe um zwei Mitglieder zu verstärken.

Senator H. Evers bittet, wenigstens den ersten Teil der Senatsvorlage, gegen die Bedenken nicht geäußert sind, schon jetzt anzunehmen.

Schorer befürwortet nochmals die Kommissionsvorlage.

Scharff: Das Medizinalkollegium hat sich davon überzeugt, daß die Wasserverhältnisse der Trave am Finkenberg nicht so schlecht sind, wie sie in der Bürgerschaft zum Ausdruck gebracht sind. Durch eine Versuchskläranlage wird nicht viel erreicht. Redner bittet um Annahme der Kommissionsvorschläge.

Wissell beantragt, nur den zweiten Teil der Senatsvorlage an eine Kommission zu verweisen. In der Senatsvorlage betr. den Sielbau auf Marli wird auf die Vorzüge hingewiesen, die dadurch erwachsen, daß die Abwässer unterhalb der Stadt in die Trave geleitet werden; hier will man in Gegensatz zu dieser Auffassung die Schmutzwässer oberhalb der Stadt in die Trave zu leiten. Wie will man diesen Widerspruch erklären?

Stender meint, daß durch die Begradigung des Stadtgrabens eine Besserung bezüglich der Wasserverhältnisse erzielt wird.

Wissel zieht seinen Antrag zurück, weil derselbe sich auf die nicht zur Abstimmung stehenden Vorschläge der Baudeputation beziehe.

Prof. Mollwo macht der Kommission den Vorwurf, dadurch Verwirrung verursacht zu haben, daß sie sich nur mit den Vorschlägen der Baudeputation beschäftigte.

Der Wortführer Jenne bemerkt, daß von Blunck ein Antrag gestellt ist, der sich mit den Vorschlägen der Baudeputation identifiziert.

Lauenstein fragt an, wie es mit der Verlegung der Abdeckerei steht.

Senator Dr. Eschenburg: Die Verlegung wird baldigst erfolgen.

Polizeiinspektor Lippert bittet um Annahme der Senatsvorlage; die Abwässer dürfen nicht ungeklärt in die Lübeck umspülenden Gewässer geleitet werden.

Nach weiterer Beratung, an der sich auch noch unsere Genossen P. Pape und Böger beteiligten, wird folgender Antrag angenommen: Die Bürgerschaft wolle dem Senatsantrage insoweit die Mitgenehmigung erteilen, daß 1. die Baudeputation ermächtigt werde, zur Verbesserung der Sielverhältnisse in der Schützen-, Hansa- und Lindenstraße die in den Plänen und dem Kostenanschlage des Baudirektors Baltzer vom 13. Juli 1906 vorgesehenen Arbeiten auszuführen und daß ihr zur Bestreitung der Kosten die Summe von 36 000 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, aus der Kasse der V. B. f. st. G. A. zur Verfügung gestellt werde; 2. daß das Finanzdepartement beauftragt werde, der V. B. f. st. G. A. unter näher zu vereinbarenden Bedingungen den Betrag von 36 000 Mk. darzuleihen und daß die Behörde angewiesen werde, zur Tilgung dieser Anleihe vom Jahre 1908 an die Summe von 9000 Mk. in ihren jährlichen Voranschlag einzustellen. Die übrigen Teile des Senatsantrages lehnt die Bürgerschaft ab, indem sie zugleich das Ersuchen an den Senat richtet, diese Teile nochmals durch die Baudeputation prüfen und der Bürgerschaft baldigst eine neue Vorlage darüber zugehen zu lassen.

Der Antrag auf Zurück-Verweisung der Vorlage an die Kommission wird angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft Erweiterungsbauten in der Irrenanstalt.

Prof. Dr. Baethcke fragt an, wie der Senat dazu gekommen ist, ohne Zustimmung der Bürgerschaft die budgetmäßigen Einnahmen und Ausgaben der Irrenanstalt zu erhöhen.

Senator Dr. Eschenburg kann darüber nichts Näheres angeben.

A. Pape fragt an, ob die Betonplatte beim Stadttheater-Neubau versackt und gerissen ist, wie in der Bevölkerung verlautet.

Senator H. Evers bezeichnet das als nicht richtig.

Prof. Baethcke will später auf die von ihm berührte Angelegenheit zurückkommen.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Nunmehr gelangt zur Beratung der Senatsantrag betr. die Vermehrung der Zahl der Beamten des Hauptzollamtes um einen Zollassistenten und zwei Revisionsaufseher.

Klein bemängelt, daß die nach Schwartau versetzten Beamten durch die Versetzung geschädigt sind.

Senator Dr. Vermehren bestreitet das.

Klein wiederholt demgegenüber seine Ausführungen.

Senator Dr. Eschenburg hält es nicht für richtig, persönliche Angelegenheiten der Beamten gleich in der Bürgerschaft zu erörtern.

Thiele bringt zur Sprache, daß die Zollbeamten beim Hochofenwerk zunächst nur schlechte Unterkunft finden konnten.

Darauf wurde der Senatsantrag angenommen.

Debattelos genehmigt wurden folgende Senatsvorlagen: Beschaffung der Ausstattung der neuen Pavillons des Allgemeinen Krankenhauses für Infektionskranke; Erlaß eines Nachtrages zu dem Gesetze vom 14. November 1906, die Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer und die Erbschaftsabgabe betreffend; Nachbewilligung von 9320,19 Mark für Herstellung der Hochdruck-Wasserversorgungsanlage in Travemünde.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Schluß 9 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

Von der deutschen Klassenjustiz. Ein drakonisches Urteil fällte am Freitag die dritte Strafkammer des Landgerichts I in Berlin gegen eines jener harmlosen Geschöpfe, die sich als Anarchisten bezeichnen. Aus der Untersuchungshaft (!) wurde der 37 Jahre alte, verheiratete Tapezierer Karl Kielmeyer vorgeführt. Seit der Verhaftung des Anarchisten Oesterreich, der am 27. Februar wegen Hochverrats vor dem Reichsgericht stehen wird, führt der Angeklagte die Redaktion des anarchistischen Organs „Freier Arbeiter". Die Anklage macht den Angeklagten für drei Artikel des Blattes, in welchen nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Beleidigungen der Unteroffiziere des deutschen Heeres, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und Aufreizungen zu Gewalttätigkeiten enthalten sind, verantwortlich. — Auf Antrag des Staatsanwalts Dr. Fiegen beschloß der Gerichtshof den Ausschluß der Öffentlichkeit während der Dauer der Verhandlung. Der Staatsanwalt hielt die Schuld des Angeklagten im Sinne der Anklage für erwiesen und beantragte ein Jahr Gefängnis. Nach etwa zweistündiger Beratung verkündete der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor Lieber, das Urteil dahin: In der ersten inkriminierten Nummer handelt es sich um einen Artikel „Errungenschaft", in welchem der deutsche Unteroffizierstand beleidigt wird. (Wie kann man den Unteroffizierstand überhaupt beleidigen?! Red.) Gleichzeitig wird in diesem Artikel eine Staatseinrichtung, nämlich die Altersversicherung, durch Behauptung unwahrer Tatsachen verächtlich gemacht, indem behauptet wird, daß die Beiträge für diese Versicherung in Wirklichkeit ganz allein von den Arbeitern zu tragen sind und daß die Einrichtung der Quittungskarten nur als Urlaubsbrief anzusehen ist, damit die Arbeitgeber in der Lage sind, unbequeme Arbeiter zu kennzeichnen. In einem weiteren Artikel „Der Patriotismus als Stütze der kapitalistischen Gesellschaft" ist eine Aufforderung zum Klassenhaß enthalten, in dem dritten Artikel „Seid Antimilitaristen" eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze. Was die Strafzumessung betrifft, so hat der Gerichtshof erwogen, daß der Angeklagte schon eine Vorstrafe wegen ähnlicher Vergehen in Höhe von drei Monaten erlitten hat, ferner, daß den Bestrebungen, die bestehende Ordnung zu unterminieren, mit aller Schärfe von denjenigen, die die bestehende Ordnung zu schützen haben, entgegengetreten werden muß. Es war ferner zu erwägen, daß die Schreiber solcher Artikel sicher in ihrem Redaktionszimmer sitzen, diejenigen aber, auf die solche aufreizenden Artikel wirken sollen, sich die Köpfe einrennen und viel Unglück über sie gebracht wird. Der Gerichtshof hat daher auf ein Jahr Gefängnis erkannt und einen Monat auf die Untersuchungshaft angerechnet. — Urteil und Begründung sind einfach ungeheuerlich. Man kann dem „Vorwärts" völlig beipflichten, wenn er das Urteil auf politische Gründe zurückführt. Eine Rechtsprechung, die von politischen Motiven getragen ist, ist das Kehrbild einer Gerechtigkeit, die nach dem Zugeständnis des trefflichen Juristen Brüggemann um so ängstlicher sich vor der politischen Leidenschaft hüten soll, je ferner der Richter den Ansichten des Angeklagten steht. Man sehe sich einmal den Fall der „verächtlich gemachten Staatseinrichtung" an. Lediglich durchaus falsche Anschauungen des Gerichts konnten dies zu der Ansicht verleiten, das Altersversicherungsgesetz werde verächtlich gemacht, weil durchaus der Wahrheit entsprechend behauptet war, die Lasten der Versicherung werden allein von den Arbeitern getragen. Freilich hat der Arbeiter und der Arbeitgeber je die Hälfte der Markenbeiträge zu zahlen. Der Teil, den hiernach nominell der Arbeitgeber zahlt, ist aber nichts weiter als ein von vornherein feststehender Teil des Lohnes. In Wahrheit trägt demnach auch den Teil der Markenbeiträge, den der Arbeitgeber zu entrichten hat, der Arbeiter. Das ist keineswegs lediglich anarchistische oder sozialdemokratische Ansicht, sondern eine Ansicht, die von Mitgliedern aller Parteien ausgesprochen ist, wir erinnern unter anderem an die Darlegungen des verstorbenen konservativen Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker. Gleiche Urteile über die Natur des vom Arbeitgeber zu zahlenden Beitrages haben liberale und Zentrumsabgeordnete gefällt. Jeder, der nationalökonomische Kenntnisse besitzt und die Gründe für die Höhe oder Tiefe des Lohnes kennt, auf den wirklichen Zusammenhang der Dinge eingeht und nicht an der Oberfläche der Erscheinungen haften bleibt, wird die vom Landgericht als „wissentlich unwahre Behauptung" mit hoher Gefängnisstrafe belegte Anschauung vertreten müssen. Der Angeklagte ist in diesem Punkt — der Inhalt der anderen Artikel ist aus der vorstehenden Urteilsbegründung nicht zu entnehmen — völlig ungerecht bestraft. Der Widerspruch des Urteils mit der Gerechtigkeit ist freilich weit weniger den einzelnen Richtern als dem System zur Last zu legen, das immer mehr darauf ausgeht, statt über das Vorliegen von Tatsachen über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit politischer oder wissenschaftlicher Ansichten Gerichte entscheiden zu lassen. Eine solche Entscheidung ist mit dem Zweck einer gerechten Justiz unvereinbar und übersteigt die Fähigkeiten auch des gelehrtesten Richters.

Um zehn Pfennige 14 Tage in Untersuchungshaft! Um den Erlös einer Bahnsteigkarte, also um 10 Pfennig, hatte der Handarbeiter Emil Prüfe aus Erfurt den Fiskus geprellt. Das Schöffengericht verurteilte ihn am Dienstag zu 10 Tagen Gefängnis. Da sich der Angeklagte aber schon länger als diese Zeit in Untersuchungshaft befindet, wurde er sofort in Freiheit gesetzt. — Also wegen zehn Pfennig kann man in Deutschland 14 Tage in Untersuchungshaft gehalten werden! Das heißt im Namen der Gerechtigkeit die gröbste Ungerechtigkeit verüben.

Ein geriebener Gauner stand kürzlich in Göttingen in der Person des 28 Jahre alten Kaufmanns Gustav Jacobs aus Leipzig vor der Strafkammer. Obgleich völlig mittellos, kaufte er von einem Grafen ein Rittergut für 1 600 000 Mk. Die gerichtliche Auflassung wurde bewirkt, und Jacobs war in der Tat eine Zeit lang Rittergutsbesitzer, bis sich herausstellte, daß er den Grafen gründlich hinters Licht geführt hatte. Dieser Streich brachte ihm 1½ Jahre Freiheitsstrafe ein. Kaum aus dem Gefängnis entlassen, kaufte Jacobs ohne Geld ein Restaurationsgrundstück, setzte einen Bufettier als Verwalter ein, und verduftete mit dessen Kaution. Nachdem er diesen Streich mit 2 Jahren Gefängnis gesühnt und wegen eines anderen Betruges nochmals 4 Monate abgesessen hatte, war er von Januar 1907 ab sechs Monate lang in Hannover als „Magnetiseur" tätig. Dann wurde er Kellner im Harzorte Wildemann. Kurze Zeit nach seinem Eintritt bewog er dort die Besitzerin des Kurhauses, ihm dieses mit dem gesamten Inventar für den Preis von 140 000 Mk. zu verkaufen. Er schwindelte der Frau vor, daß er zur Anzahlung am 1. August von der Leipziger Bank 8000 Mk. bekäme, 25 000 Mk. in Wertpapieren habe und Besitzer eines „so gut wie verkauften" Patentes sei, für das man ihm bereits 300 000 Mk. geboten habe. Von dieser Summe sollte am 1. Januar der Rest des Kaufgeldes bezahlt werden. Daraufhin wurde der Kaufvertrag abgeschlossen, und schon vom 6. August ab ging der Hotelbetrieb auf Rechnung des Jacobs. Dieser ging nun darauf aus, sich irgendwo die Anzahlungssumme zu erschwindeln. Als „eingetragener Kurhausbesitzer" entlockte er einem Baumeister in Seesen, den er mit einer Erweiterung des Hotels beauftragte, unter Verpfändung des Inventars einen Vorschuß von 2000 Mk. Den Bürgermeister von Zellerfeld, der ebenfalls gehört, daß das Kurhaus in Wildemann „von einem sehr reichen Mann" gekauft sei, versuchte Jacobs um ein Darlehen von 5000 Mk. zu beschwindeln. Noch ehe er dieses Geld in die Hände bekam, wurde er entlarvt. Jacobs, der noch heute als Eigentümer des Kurhauses eingetragen ist, hat durch seine Schwindeleien Frau E., über deren Vermögen alsbald der Konkurs hereinbrach, an den Bettelstab gebracht. Verblüffend war die Gewandtheit, mit der sich der Angeklagte herauszureden suchte. Unter Versagung mildernder Umstände erkannte die Strafkammer auf drei Jahre Zuchthaus, 450 Mk. Geldstrafe bezw. 60 Tage Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Eine Ordnungsstütze wegen Mordverdachts vor Gericht. Vor dem Schwurgericht in Bonn begann am 16. Januar die Verhandlung gegen den früheren Studenten Pagenstedt aus Münster wegen Ermordung seiner

Geliebten Anna Wirtz, der Tochter eines Bäckermeisters aus Münster. Der Angeklagte, der in Bonn und Münster katholische Theologie studiert hatte, dann aber zur Philologie übergegangen und eine Zeitlang auch als ungeprüfter Hilfslehrer an der höheren Knabenschule in Bergisch-Gladbach beschäftigt war, hatte während seiner Studentenzeit in Münster mit der Wirtz, einem lebenslustigen Mädchen, ein Verhältnis angeknüpft. Als er durch sein flottes Leben in Schulden geraten war, hatte er sich mit der Pflegetochter eines wohlhabenden Fahrradhändlers in Münster verlobt, gleichzeitig aber, unter Verschweigung seiner Verlobung, den Verkehr mit der Wirtz fortgesetzt. Die Verhältnisse in Münster wurden für ihn jedoch so unhaltbar, daß er Mitte April v. J. nach Bonn reiste und sich hier mehrere Wochen bei Verwandten aufhielt. Am 8. Mai ließ er die Wirtz nachkommen, und zwar, wie es in einem vorgefundenen Briefe hieß, um mit ihr, die inzwischen in andere Umstände gekommen war, nach Belgien zu reisen und sie dort zu heiraten. Beide wurden in Bonn auch mehrfach gesehen. Am Himmelfahrtstag (9. Mai) begab sich das Paar mit der Euskirchener Bahn in den Kottenforst, aus dem das Mädchen lebend nicht mehr zurückkehrte. Ihre Leiche wurde drei Tage später an einer einsamen Stelle unter einem Strauche und daneben ein Fläschchen mit Resten von Zyankali gefunden. Spuren von Gewalttätigkeit wurden an der Leiche nicht entdeckt, dagegen fiel es auf, daß das Mädchen einige Unterkleider als Kopfkissen unter sich geschoben hatte. Die Leichenöffnung stellte als Todesursache mit Sicherheit Vergiftung durch Zyankali fest. Zwei Briefe bei der Toten lenkten die Spur sofort auf Pagenstedt, der kurz darauf unter dem dringenden Verdachte des Mordes verhaftet wurde. Die Anklage nimmt an, daß Pagenstedt unter der Vorspiegelung, die Folgen ihres Verhältnisses zu beseitigen, dem ihm lästig gewordenen Mädchen das Gift vorsätzlich gegeben habe. Zur Verhandlung sind 108 Zeugen und mehrere Ärzte und Chemiker als Sachverständige geladen.

Schonung den Soldatenschindern! Billig davongekommen ist ein Soldatenschinder, der am Donnerstag vor dem Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg stand. Wegen einer großen Zahl von Soldatenmißhandlungen hatte sich der gleicher Vergehen wegen schon vorbestrafte Sergeant Karl Plunder von der 9. Kompagnie des 26. Infanterie-Regiments zu verantworten. Der Angeklagte teilte besonders gern Ohrfeigen, Fußtritte und Stöße vor die Brust aus. Der Verhandlungsleiter, Kriegsgerichtsrat Koch, richtete an die Zeugen die Fragen, ob vielleicht die Ohrfeigen und Stöße aus Versehen verabfolgt worden seien, ob es Scherz oder Ernst gewesen sei! Mehrere Zeugen antworteten darauf, der Meinung gewesen zu sein, daß es so sein müsse. Der Angeklagte bestritt rundweg alles. Vom Vertreter der Anklage wurden fünf Wochen Mittelarrest beantragt. Wären die Zeugen mit ihren Aussagen nicht so zurückhaltend gewesen, meinte er, dann hätte sich die Lage des Angeklagten noch bedeuert verschlimmert. Ohnehin seien aber mindestens achtzehn Fälle erwiesen. Das Gericht verurteilte nach längerer Beratung den Angeklagten wegen — vorschriftswidriger Behandlung Untergebener zu — 14 Tagen Mittelarrest. Sieben Fälle wurden erwiesen angesehen; wegen der übrigen Fälle erfolgte Freisprechung. Die Fußtritte, die der eine Zeuge ins Gesäß erhalten habe, seien nur noch als ein Berühren mit der Fußspitze anzusehen, das ohne die Absicht, weh zu tun, erfolgt sei. Unglücklicherweise sei diese Berührung an einer Stelle geschehen, die leicht schmerze, nämlich gegen den Knochen. Daß einer der Zeugen infolge eines Stoßes vor die Brust hingefallen sei, sei lediglich Zufall ? dergl. m.! — Und von solch milden Urteilen erwartet man eine Abnahme der Soldatenmißhandlungen?

Ein Arbeiterbudget.

Ein bessergestellter Arbeiter, der genaue Aufzeichnungen über seine Ausgaben und Einnahmen macht, übermittelt der „Sächs. Arb.-Ztg." in Dresden den „Abschluß" seiner „Jahresbilanz", aus der so recht deutlich zu ersehen ist, wie schlimm es unter der herrschenden Lebensmittelteuerung um die Lage der Arbeiter bestellt ist. Es handelt sich um eine Familie von vier Köpfen: Mann, Frau und zwei Kinder. Die Jahreseinnahme betrug:

Als Heizer für 7 Monate	738,—	Mk.
Als Maurer für 1013¼ Stunden .	587,63	„
Von der Sparkasse	24,—	„
An „Dividenden" (Konsumverein) .	35,—	„
1 Kinderwagen verkauft	12,—	„
Durch Nebenverdienst erworben	148,99	„
Verdienst der Frau durch Aufwartung	139,10	„
Summa	1684,63	Mk.

Der Einnahme gegenüber stehen wöchentliche Ausgaben:

Fleisch- und Wurstwaren	3,—	Mk.
Fische	—,28	„
Brot und Weißbrot	4,11	„
Butter und Fett	2,74	„
Milch	—,96	„
Grünzeug	—,44	„
Gemüse	—,33	„
Käse	—,35	„
Essig und Öl	—,08	„
Zucker, Kakao, Schokolade	—,53	„
Mehl	—,13	„
Obst	—,69	„
Eier	—,38	„
Kaffee und Zusatz	—,65	„
Gewürze	—,06	„
Streichhölzer, Petroleum	—,09	„
Holz und Kohlen	1,09	„
Seife, Sand, Soda	—,41	„
Wichse, Putzpomade	—,04	„
Kartoffeln	—,20	„
Bier und Getränke	1,50	„
Tabak und Zigarren	1,58	„
Zeitung und Lektüre	—,25	„
Doktor und Apotheke	—,30	„
Schuhe und Reparatur	—,76	„
Wäsche und Kleider	1,32	„
Unkosten	1,03	„
Versicherung	—,30	„
Steuern	—,17	„
Krankengeld	—,05	„
Vereinsbeiträge	—,65	„
Miete	4,62	„
Summa	30,85	Mk.

Das macht pro Jahr 1604,20 Mk.

Man wird an allen diesen Posten erkennen, daß diese Familie sehr knapp leben muß. Trotzalledem kommt eine Summe von 1604 Mk. heraus, der nur ein Verdienst des Mannes (inklusive „Nebenverdienst") von 1474,53 Mk. gegenübersteht. Also ein kräftiges Defizit, das ausgeglichen wird durch die Arbeit der Frau, „Dividende" vom Konsumverein und einige kleine Einnahmen. Es bleiben sogar noch 80,43 Mk. übrig.

Wie wenig Arbeiter haben Einnahmen von 1600 Mark! Und wie viele Familien mit weniger Einnahmen sind stärker als vier Köpfe!

Zu dem Budget bemerkt der Arbeiter noch: Wenn ich so darüber nachdenke, daß mein Einkommen doch noch nicht das schlechteste ist, wie muß es wohl da in den Familien aussehen, wo es 800, 900 oder 1000 Mk. beträgt. Wieviel Elend, Not und Hunger muß da zu finden sein; von Kindererziehung will ich da überhaupt nicht reden. — Meine wöchentlichen Ausgaben würden sich noch erhöhen, wenn ich mich nicht selbst rasierte. Bier brauche ich auch sehr wenig; also schon daraus ist zu ersehen, wie sparsam gewirtschaftet worden ist. Unter Fleisch- und Wurstwaren und Fischen ist alles zu verstehen, nicht nur Mittagessen, sondern auch Frühstück, Vesper und Abendbrot. Bei Brot und Weißbrot sind auch Kuchen und die Weihnachtsstollen mit inbegriffen. Bei Bier und Getränken ist auch der Sonntagsausgang dabei. Unter Unkosten meine ich: alle Reparaturen (auch am Rad), Fahrgeld, Karten zu Vorträgen und Theater, Haarschneiden (auch ein Knabe), Mangel, Briefmarken, Wäsche waschen (nur für große Stücken), Scheuerbader, Geburtstagsgeschenke, Rasiermesserschleifen usw. Doktor und Apotheke beläuft sich so hoch, weil ich im Winter nur in einer Unterstützungskasse bin, die keinen Doktor bezahlt, ich aber nicht in der Lage bin, noch in eine Kasse freiwillig zu steuern. Das Petroleum wird auch im Petroleumofen zum Kochen mit verwendet. Wie aus allen meinen Budgets, so ist auch dieses Jahr zu ersehen, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein Arbeiter, der halbwegs Forderungen an das Leben stellt, nicht in der Lage ist, allein für eine Familie zu sorgen. Die Frau wird gezwungen, den Mann durch Mitverdienen zu unterstützen. Daß dabei die Kinder einesteils am Tage ohne Erziehung sind, ist ihnen nicht zum Vorteil.

Wir raten allen den Leuten aus bürgerlichen Kreisen, die fortwährend von den hohen Arbeitslöhnen usw. reden, unter gleichen Umständen wie dieser Arbeiter auszukommen. Ganz zu schweigen von den viel schlechter Gestellten.

Aus Nah und Fern.

Von den 175er-Grafen. Ein Zwischenakt in der Untersuchungssache gegen den Generalleutnant z. D. Grafen von Hohenau und den Major a. D. Grafen Lynar hat sich vor der Abteilung 22 des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg abgespielt. Der Herausgeber der Militärpolit. Korrespondenz, der Militärschriftsteller Otto von Loßberg, war vor den untersuchungführenden Kriegsgerichtsrat der 1. Garde-Division als Zeuge in der Sache Hohenau-Lynar vorgeladen worden. Er sollte über gewisse Mitteilungen aussagen, die ihm von höheren Offizieren über die homosexuellen Verfehlungen der beiden Grafen gemacht worden waren. Unter Berufung auf das Redaktionsgeheimnis lehnte von Loßberg es ab, die Namen seiner Gewährsmänner zu nennen, die ihrerseits anscheinend Wert darauf gelegt haben, im Hintergrunde zu bleiben. Auf mehrfache Aufforderung des Kriegsgerichts beharrte von Loßberg bei seiner Weigerung. Darauf wurden die Akten an das zuständige Amtsgericht abgegeben und durch Beschluß dieses Gerichts wurde von Loßberg wegen Zeugnisverweigerung in eine Geldstrafe von 30 Markk evtl. 6 Tage Haft genommen.

Krieg im Frieden. Bei den Schießübungen des ersten Garde-Feldartillerieregiments auf dem Tegeler Schießplatz ereignete sich der bezeichnende Fall, daß eine Granate weit über das begrenzte Gebiet hinausflog und in einer Entfernung von fast fünf Kilometern in ein Wohnhaus in Saatwinkel einschlug und dort erhebliche Verheerungen anrichtete. Das Haus gehört dem Restaurateur Märten in Saatwinkel und wird von einem Verwandten bewohnt. Dieser war beim Eintritt des Unfalles zufällig abwesend, so daß Menschenleben nicht zu Schaden gekommen sind. Die verirrte Granate zerschlug eine Giebelwand des Hauses und richtete in dem Gebäude auch sonst noch arge Verheerungen an. Eine Anzahl von Sprengstücken blieb in der Zimmerdecke und in den Wänden stecken.

Ein Kesseltreiben gegen den Raubmörder Sternickel, der am 10. Januar 1905 die Mühle bei Plagwitz in Brand steckte und den Müller in den Flammen umkommen ließ, nachdem er ihn beraubt hatte, bereitet sich in der Altmark vor. Sternickel, auf dessen Ergreifung eine Prämie von 1000 Mk. ausgesetzt ist, wurde im Wirtshaus von Wernstedt vom Zigarrenreisenden Zeine aus Altenburg an seinem verkrüppelten Finger erkannt. Anstatt ihn zu verhaften ließ man ihn zunächst zum Gemeindevorsteher kommen. Sternickel mußte sich entkleiden. Er leugnete, der Gesuchte zu sein, doch wurde an den Tätowierungen seine Identität festgestellt. Am Abend endlich erschien ein Gendarm, um den Mörder, der in einer nahen Mühle Stellung genommen hatte, zu verhaften. Sternickel fügte sich willig, nur bat er, sich noch die Hände waschen zu dürfen. Als das Waschen etwas lange dauerte, sah man nach ihm. Man erblickte den Verbrecher in großen Sätzen davonstürmen. Die Verfolgung, die mit allen Mitteln jetzt betrieben wird, verlief zunächst ergebnislos.

Unter Korn begraben. Ein eigenartiger Unfall ereignete sich in dem Kings Dock in Liverpool. In einer Lagerhalle wurden Kornsäcke aufgespeichert. Es waren bereits 500 Tonnen Korn zu einem gewaltigen Haufen aufgestapelt worden, als die Säcke plötzlich zu rutschen begannen. Die rutschenden Säcke zerschlugen das Tor des Lagerraums und glitten dem Wasser zu. 25 Dockarbeiter, die auf den Säcken gestanden hatten, wurden zum Teil in das Wasser des Docks geschleudert. Einer von ihnen ertrank. Zwei Arbeiter wurden durch fallende Säcke verschüttet. Der eine liegt bewußtlos im Hospital, der andere hat schwere Verletzungen am Kopf davongetragen.

Mehr Zivilisation soll unter den — Schutzleuten verbreitet werden. Allerdings vorerst in München. Die in letzter Zeit vielfach bekannt gewordenen Mißgriffe, besonders aber wohl der Fall Moschel und seine Besprechung im Landtag scheinen endlich auch bei der Münchener Polizeidirektion Zweifel über die moralische Qualifikation der Schutzleute erweckt zu haben. In der Armee zirkuliert, so wird der „Fränk. Tagespost" mitgeteilt, ein Schreiben, daß künftig nur noch völlig einwandfreie und bestbeurteilte Personen des Militärstandes Aussicht auf Einstellung bei der hauptstädtischen Polizei haben. Der Sicherheitsdienst in München kompliziere sich unausgesetzt, deshalb müßten die Bewerber neben einer tadellosen Vergangenheit über einen moralisch gefestigten Charakter, Umsicht, Handlungsklarheit, rasche, entschlossene Urteilsfähigkeit und gute Schulbildung verfügen. Ferner sollen sie mit dem Großstadtleben vertraut und gegen dessen Verführungen absolut gefeit sein. Neben Chargierten werden auch Mannschaften, soweit sie bei ihrer Dienstentlassung das 24. Lebensjahr erreichen, zur Bewerbung zugelassen, wenn sie Besitzer all dieser Vorzüge und eines kräftigen Körperbaues sind. Immerhin ist bemerkenswert — und das Rundschreiben zeugt dafür —, daß sich die Münchener Polizei über ihre geistige, vielleicht auch moralische Unzulänglichkeit nunmehr im klaren ist. — Bei der preußischen Polizei erhoffen wir nach den bisherigen Erfahrungen eine solche Einsicht nicht.

Standesamtliche Nachrichten

vom 12. bis 18. Januar 1908.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

8. Januar. Arbeiter J. J. H. Bahr. Schiffskapitän L. Görtz. Maschinenschlosser H. F. W. Dedeke. Arbeiter J. H. E. C. A. Buggenthin. 9. Arbeiter K. H. Egdmann. Maurer H. J. F. Saueracker. 10. Vize-Feldwebel H. W. H. J. Caritens. Zimmermann A. H. Th. Grenda. 11. Schuhmacher W. J. C. Kracht. Maschinist E. F. Chr. Klies. 12. Arbeiter H. H. J. J. Wiencke. Laternenwärter W. J. F. Höppner. 13. Hobolist H. F. H. Baetke. 14. Arbeiter H. W. Retzlaff. Kaufmann A. Krock. Maschinenschlosser J. C. A. Albrecht. 15. Schriftsetzer C. A. Th. M. Krogmann. Maschinenschlosser W. J. H. Schnoor. Kunstgärtner P. H. W. Hoffmann. 16. Kunst- und Handelsgärtner J. G. Mielentz. Hausmeister E. F. H. G. W. Holtz. 17 Arbeiter M. Lubowitz. Fährpächter J. H. G. Gielau (Gothmund).

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

28. Dezember. Kaufmann A. J. Gullander.

6. Januar. Hafenarbeiter A. B. A. Wienk. 7. Arbeiter J. H. Evers. 8. Arbeiter W. P. G. Haase. 9. Kaufmann H. Buck. Arbeiter H. J. J. Böttcher. 10. Schneider H. Chr. Hintz. Seemaschinist J. A. H. Roxin. Arbeiter W. Chr. H. Baack. 11. Geschäftsführer C. Th. Steen. Arbeiter J. J. W. Möller. Handelsmann R. T. Beutel rect. Liebschütz. Kapellmeister E. K. B. Lüling. Schuhmacher L. H. K. Benthien. 12. Maschinist J. A. Pultke. Eisenbahnbau-Techniker. M. R. E. Bohnsack. Ober-Postschaffner J. C. Chr. Kost. Arbeiter J. Th. Seemann. 13. Briefträger C. H. J. Langmaack. Eisenbahn-Wagenschieber W. A. H. Krutz. Hafenarbeiter J. J. A. Faasch. 14. Revisionsaufseher Ed. C. W. W. Hoyer. Kaufmann F. J. H. Giesenberg. 15. Arbeiter H. F. G. Planthaber (Vorwerk). 16. Maschinenwärter J. D. P. Busse. Schlachter H. J. W. O. Lüth. Arbeiter Chr. H. H. Hillers. 17. Arbeiter F. J. J. Lüdemann. Arbeiter J. F. A. Peters.

Angeordnete Aufgebote.

13. Januar. Arbeiter F. H. L. Krüger und E. F. H. Ehlert. Maurer K. J. G. Krohn und H. M. M. Genz. Elektrotechniker A. R. A. Priehm und D. Schlei-Asmus. Vorarbeiter W. F. C. Bohm und W. F. M. Eichler. Arbeiter C. H. Görke und E. S. H. Barges in Hof-Crummesse. Ziegler E. F. O. Koch und A. Lodd, beide in Eutin. 14. Land- und Gastwirt J. H. W. Muß und K. M. Stegmann, beide in Israelsdorf. Böttcher A. F. Wargenau und die geschiedene J. A. Chr. Latendorf geb. Schrader. Arbeiter W. J. Chr. Lüth und Chr. Stegemeier. Kaufmann H. H. Struve und M. D. F. J. Oldenburg in Schwartau. 15. Schlosser D. H. Sprick und J. Chr. E. Reich. Kutscher H. H. J. Clasen und A. S. D. M. Melchert. Bäcker A. A. R. Kinberg in Dresden und E. D. E. Nilsson. 16. Ziegeleibesitzer C. F. N. P. Haack und M. C. M. F. Tiede, beide in Lauenburg a. d. Elbe. Stellmacher A. C. F. H. Homburg und C. Chr. A. Bartels. Arbeiter C. P. A. W. Potenberg und D. M. J. M. Meyer. Krämer K. M. J. Müller und Witwe C. P. Kluge geb. Jäckel. Werkmeister L. H. H. J. Klatschow und A. Th. M. Plog. Bureaugehilfe H. F. W. Mustin und W. C. M. Eckmann. 17. Hotelbesitzer G. A. E. J. F. Lencker und M. B. Krause in Moisling. Klempnergeselle C. P. L. Ruge und M. L. M Thimm. 18. Kutscher H. F. C. Wilken und E. A. W. E. A. Westphal. Arbeiter C. R. G. Cruse in Hamburg und F. H. Buddenbaum in Steinbek. Arbeitsmann A. L. F. H. Tack in Wittenburg und B. M. P. Groth in Fahrbinde. Arbeiter F. Gandyra und M. Krasczyk, beide in Poppelau. Kaufmann E. J. C. P. Schott in Rostock und W. S. F. Steuernagel.

Eheschließungen.

14. Januar. Arbeiter F. C. Th. Bruhn und A. M. S. Tücksen. Arbeiter E. H. J. Möller und E. F. C. Dreier. 17. Lokomotivheizer W. F. F. Thieß und E. M. K. Wigger. Bureaubeamter J. L. R. Ehrig und M. A. M. Bormann. 18. Segelmacher A. H. G. Baltrutsch und die geschiedene E. F. D. Ch. Samaritter geb. Berließ. Schneider F. W. M. Rentzow und B. B. M. S. Ch. Lüders. Fischer H. Ch. Kelling in Travemünde und J. H. A. E. Mellahn. Inspektor J. K. A. F. Peters in Groß-Hundorf und M. D. E. Kruse in Botelsdorf.

Sterbefälle.

11. Januar. D. W. A. geb. Brandt, Ehefrau des Arbeiters H. J. Muuß, 63 J. A. L. M. Koop, 7 M. Betonmeister A. Ulliczka, 28 J. 13. H. E. Borges, 2 M. (Vorwerk). A. E. E. geb. Böbs, Witwe des Gastwirts L. H. M. Rocksien, 82 J. E. K. A. Lopass, 10 T. W. H. J. Oldörp, 11 M. Fabrikant A. G. T. Thomsen, 58 J. A. B. M. Haferbier, 2 M. Arbeiter J. J. F. Kloock, 72 J. 14. Zigarrenarbeiter J. W. M. Rogge, 55 J. G. D. K. Rötgert, 6 M. M. C. E. geb. Strunck, Witwe des Gärtners J. Chr. H. Schräger, 57 J. Früherer Sattler und Tapezier J. G. Ph. Thielemann, 81 J. M. S. H. M. geb. Center, Ehefrau des Arbeiters J. H. A. Wegner, 40 J. E. C. geb. Fröhlich, Witwe des Gastwirts u. Viehhändlers J. H. F. Meyer, 70 J. Pastor emer. J. W. Weiland, 68 J. 15. S. M. D. geb. Johst, Witwe des Landmannes C. S. W. Duve, 83 J. L. E. J. geb. Lüders, Witwe des Privatmannes H. P. Mette, 74 J. D. M. Chr. Stammer, 2 M. 16. L. W. H Seelig, 4 J. J. E. geb. Schierholz, Ehefrau des Gerichtsdiätaren H. J. H. Mildner, 41 J. A. Chr. M. geb. Reichert, Ehefrau des Arbeiters P. H. A. Kliefs, 73 J. Haupt-Zollamts-Revisions-Aufseher a. D. A. H. Chr. Garbe, 81 J. A. M. E. M. geb. Klatt, Witwe des Arbeiters J. H. Molge, 64 J. E. A. H. Piper, 4 J. Knecht F. F. H. Schulz, 20 J. (Bareneck). 17. M. D. E. geb. Tardel, Witwe des Mühlenbesitzers G. H. Hennings, 67 J. F. D. W. Jürgens, 68 J. J. Chr. H. geb. Priefs, Witwe des Gärtners J. H. A. Ehmbke, 71 J. M. E. M. Roahl, 16 T. Ein totgeb. Mädchen, V.: Tischler J. H. F. Möller. E. W. A. Peters, 9 Stunden. M. J. M. geb. Drenthahn, Witwe des Arbeiters J. H. J. Pantelmann, 68 J. W. F. H. Ziething, 5½ M. Ein totgeb. Mädchen, V.: Weichensteller J. H. J. Carsten. P. M. A. E. Steinfeldt, 3 J. 18. Ch. E. Behrens, 71 J. Privatmann J. G. Chr. Bagt. 74 J. E. E. F. Havemann, 1½ M. C. M. Möller, 84 J. B. geb. Haag, Witwe des Mützenmachers J. J. Gottlob, 73 J.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.